

Arbeiter-Zeitung

Du wirst belogen
von der bürgerlichen und
sozialdemokratischen Presse
Die nackte Wahrheit erfährst du
in der „Arbeiter-Zeitung“

für Schlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Kreuzberger Straße 60, Fern-
sprecher 43902. Volkseigentum: Breslau
Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Kreuzberger Straße 60 (Nord-
haus). Fernsprecher 43902. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis
Freitag von 17—18 Uhr. — Geschäftsstand: Breslau. — Ver-
lag: Schlesiens Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Kreuzberger
Straße 60. Fernsprecher 43902.

Roter Betriebsrats-sieg auf der Concordiagrube / Siehe im Innern des Blattes.

Letzter Appell!

Alles wählt Kommunisten, Liste 3!

Klassengenossen und -genossinnen, Männer und Frauen des werktätigen Volkes!

Am morgigen Wahlsonntag gibt es ein flamendes Be-
kenntnis abzulegen für die einzige Partei, die eure Interessen,
die Interessen des Proletariats und aller Werktätigen in
Deutschland in jeder Stunde verteidigt und verfochten hat, für
die KPD.

Die KPD. ist die einzige Partei, die die Streiks gegen
Lohnraub rückfichtslos fordert und so den Arbeitern hilft, gegen
den räuberischen Angriff des Unternehmertums und der ganzen
Bourgeoisie ihr tägliches Brot und ihre sozialen Errungen-
schaften zu verteidigen.

Die KPD. war es, die seit Jahren den Massenstreik, den
Massenkampf als einzigen Weg für die Verteidigung ihrer
Tagesinteressen aufzeigte, wie sie zugleich als einzige Partei den
Massen den Weg zur sozialistischen Zukunft, zur Arbeitermacht
und zum Sozialismus wies!

Die KPD. ist die einzige Partei, die die proletarische Ein-
heit im Kampf gegen alle Klassenfeinde schmiedet, die die Massen
ohne Unterschied ihrer gewerkschaftlichen, politischen oder reli-
giösen Zugehörigkeit zum gemeinsamen Kampf für ihre Lebens-
interessen einigt!

So wie die kommunistische Partei mit der Antifaschistischen
Aktion die proletarische Einheitsfront gegen den faschistischen
Mordterror schmiedet, so hat sie jetzt in der Streikwelle in den
Betrieben die kämpfende Einheitsfront der Arbeiter gegen die
reformistische Sabotage und Streikbrecherpolitik der SPD.- und
KPD.-Führer geschaffen, die den Massen die erforderliche Ab-
wehr der Lohnraubanschläge der Bourgeoisie in zahllosen Be-
trieben ermöglichte.

Die KPD. ist die einzige Partei, die im Zeichen des prole-
tarischen Internationalismus Schulter an Schulter mit den
französischen und polnischen Klassenbrüdern den Kampf gegen
das räuberische Versailler System, wie gegen imperialistische
Kriegspolitik, nationalistische Verheerung und militärische An-
rüstung führt.

Ernst Thälmanns Kampfruf in Paris, inmitten der Bour-
geoisie des französischen Imperialismus, gegen Versailles und
gegen die imperialistische Politik der deutschen Bourgeoisie —
dieses leuchtende Beispiel des Kampfes der Kommunisten gegen
das Versailler System und für den proletarischen Internationa-
lismus wird von der sozialdemokratischen wie von der national-
sozialistischen Presse feig und jämmerlich vor den eigenen An-
hängern verschwiegen.

Keine Stimme der Hitlerpartei!

die Papen zur Macht brachte, die den Chauvinismus begrüßte,
auf deren Schuldkonto das vergossene Blut zahlloser deutscher
Arbeiter, zahlloser ermordeter Freiheitskämpfer des deutschen
Proletariats lastet, in deren Reihen die Kapitalstreiche, die
Prinzen und Grafen, die Fabrikbesitzer und Generale kom-
mandieren, die eben erst in Koburg vor den Fürsten tag-
buckelten!

Dort die SPD., die mit dem jahrelangen Massenbetrug,
dem sogenannten „kleineren Übel“ die faschistische Reaktion
großmütig, der Notverordnungsdiktatur den Weg ebnete und
sich heute mit ihrer zynischen und schamlosen Streikbrecher-
politik in den Dienst der Lohnräuber, in den Dienst der faschi-
stischen Diktatur über Deutschland stellt!

Hier die kommunistische Partei, die Partei des Streiks und des Massenkampfes, der Er-
werbslosen!

Hier die kommunistische Partei, die Partei des Kampfes für den Sozialismus!

Hier die kommunistische Partei, die Partei des Kampfes gegen Papen-Diktatur, gegen
Faschismus!

Hier die kommunistische Partei, die Partei des Kampfes gegen imperialistische Kriegs-
hetze, gegen Chauvinismus und gegen Versailles!

Hier die kommunistische Partei, die Partei der proletarischen Einheitsfront!

Hier die kommunistische Partei, die Partei des Kampfes für die soziale und nationale
Befreiung des deutschen Volkes!

Entscheidet euch für eure Partei! Alle Stimmen der KPD!

Keiner darf fehlen, keiner darf zu Hause bleiben!

Mobilisiert in den Arbeitervierteln, in den Dörfern, in Stadt und Land!

Wer nicht wählt, wählt Papen!

Wer nicht wählt, wählt Lohnraub, Unterdrückung, Zerschlagung aller sozialen Errungen-
schaften und jeglicher Freiheit der Arbeiterklasse!

Alles heraus zum roten Wahlsieg, wählt Kommunisten, Liste 3

Keine Stimme der Sozialdemokratie

Dort die übrigen bürgerlichen Parteien, die wie das Zen-
trum eben erst „gegen den Faschismus“ zu kämpfen versprochen
und heute mit Hitler kühnhandeln, oder wie die Deutschnationa-
len, die noch schwärzere Reaktion als die Papen-Diktatur
fordern.

Keine Stimme dem Zentrum oder den Deutschnationalen

Unererschütterliche Streikfront der Berliner Verkehrsarbeiter

Der organisierte Streikbruch der Gewerkschaftsführer scheitert an dem festen Kampfeswillen und der Sympathie der Berliner werktätigen Be-
völkerung — Ueber 400 Verhaftungen — Arbeiter und Arbeiterin durch Polizeikugeln getötet und weitere 8 Personen schwer verwundet — 1600
Mann starke Belegschaft der Gas-Gesellschaft Streik beschlossen — Ueberall in den Betrieben wird der Streik begrüßt — Auch die Pariser
Verkehrsarbeiter entsenden Kampfesgrüße

Berlin, 5. November. (Eig. Drahtbericht.) Der gewaltige
Kampf der 20 000 Berliner Verkehrsarbeiter geht weiter. Die SPD.-
Führer haben alle Mittel angewandt, um den aufs äußerste ver-
elendeten Verkehrsarbeitern den neuen Lohnabbau von 2 Pfennig
pro Stunde aufzuzwingen.

Gestern schickte die sozialdemokratische Leitung des Gesamt-
verbandes eine Anzahl Funktionäre zur Aufnahme der Arbeit vor,
und der „Vorwärts“ von gestern abend fordert nochmals schärfer als
je zum Streikbruch auf. Die Direktion versuchte gestern unter polizei-
licher Bedeckung einen Notverkehr einzurichten.

Doch da auch die Masse der sozialdemokratischen Arbeiter den
Streikbruch ablehnten und sich nur wenige Streikbrecher meldeten,
konnten nur wenige Wagen einige Zeit fahren, da es die werktätige
Bevölkerung nicht zuließ.

die Straßen schwarz von Menschen waren, mußte die Direktion um
8 Uhr abends den Notverkehr wieder einstellen.

Der „Vorwärts“ treibt seine infame Hege gegen die Streikenden
auf die Spitze. In seiner heutigen Morgenausgabe schreibt er:
„Ausloch, statt Streik.“ Die SPD.-Führer haben mit ihrer Hege den
Polizeibehörden das Stichwort zu ihrem Vorgehen gegen die
Streikenden gegeben. Wörtlich schreibt der „Vorwärts“:

„Seit Freitag nachmittag üben die Kommunisten und
Nationalsozialisten einen organisierten Druck auf die Ver-
kehrsarbeiter aus, dem die Polizei sich gestern nicht gewachsen
zeigte.“

Dabei ging die Polizei bisher mit größter Schärfe vor. Die Zahl
der gestern Verhafteten wird zur Zeit amtlich mit über 400 angegeben.

durch Polizeikugeln getötet. Acht Personen wurden schwer verwundet.
Es wird gemeldet, daß die Regierung beabsichtigt, diejenigen, die
weiterstreiken bzw. die Streikenden unterstützen, wegen Hochverrat
zu belangen.

Der Polizeipräsident von Berlin erläßt eine Bekanntmachung, in
der es heißt: „Für heute sind im Einvernehmen mit der BSG.
umfassende Schutzmaßnahmen für die Arbeitswilligen getroffen, die
darin bestehen, daß die Polizei mit allen ihr zu Gebote stehenden
Mitteln, wenn nicht anders durch Gebrauch der Schusswaffe, die
Arbeitswilligen schützen wird.“

Die kommunistischen Zeitungen „Volkswacht“ und „Volkssache“
wurden verboten. Alles das genügt den SPD.-Führern noch nicht.

Roter Betriebsratsieg auf der Concordiagrube

RGD-Liste erhält 356, der Bergbauindustrieverband 203, Christen 88, Polnische Berufsvereinigung 112 und Nazis 173 Stimmen — Trotz Abbau der revolutionären Arbeiter und Anhänger der RGD. glänzendes Ergebnis

Sindenburg, 5. November. Am 3. und 4. November fanden auf der Montordigrube die Betriebsratswahlen statt. Die Wahl machte sich notwendig durch die Tatsache, daß die RGD der revolutionären Gewerkschaftsopposition durch die Maßregelung der roten Betriebsräte und aller Kandidaten erschöpft war. Die Maßregelungen bzw. kriegslosen Entlassungen der roten Betriebsräte erfolgte anfänglich bei im Bergbau Oktober 1931 und Januar 1932 geführten Lohnbewegungen. Die Verwaltung warf alle Streikführer und Organisatoren der RGD durch kriegslose Entlassung auf das Straßenpflaster.

Die Reformisten, Christen, Polnische Berufsvereinigung, sowie die Nazis enthielten eine wüste Hege gegen die revolutionäre Gewerkschaftsopposition und ihre RGD. Die reformistischen Betriebsräte Pöndlich und Torka sprengten noch am vergangenen Sonntag eine von dem roten Arbeiterratvorsitzenden einberufene Belegschaftsversammlung.

Trotz aller Hege und Verleumdungen, trug die revolutionäre Gewerkschaftsopposition einen glänzenden Sieg davon.

Von 1137 wahlberechtigten Belegschaftsmitgliedern erhielt:

RGD	356 Stimmen	4 Sitze u. 1 Ergänz.-Mitgl.
Reformisten	203 Stimmen	2 Sitze u. 1 Ergänz.-Mitgl.
Christen	88 Stimmen	1 Sitz
Poln. Berufs.	112 Stimmen	1 Sitz
Nazi	173 Stimmen	2 Sitze

Bei der letzten Betriebsratswahl betrug die Stärke der Belegschaft 2225 Mann. Damals erhielt die RGD 688 Stimmen. Die Reformisten 458 und die Christen 207 Stimmen.

Inzwischen wurde die Belegschaft von 2225 auf 1147 reduziert und zum größten Teil die revolutionäre Arbeiterschaft aus dem Betrieb geworfen. Unter den über 1000 Mann entlassenen Arbeitern befinden sich auch sämtliche roten Betriebsräte.

Dieser Sieg auf der Montordigrube für die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, ist ein erneuter Beweis dafür, daß ein großer Teil der Belegschaft unerschütterlich und fest unter der Führung der

RGD steht. Aber mit aller Kraft müssen jetzt die roten Betriebsräte und die RGD, wie GVD-Kameraden diesen Sieg weiter ausbauen und in allen Abteilungen den Vertrauensmännerkörper schaffen, um mit unermüdbarer Fähigkeit die Kampfkraft und Kampfeinheit aller Arbeiter auf der Montordigrube herzustellen.

Weiter vorgestoßen zur roten Kampfeinheit und Streikreifmachung der Montordigrube gegen jede weitere Entlassung und die drohende Stilllegung, gegen Lohnraub und Arbeitszeitverschlechterungen.

Glänzender Streiksieg der Freiburger Uhrenarbeiter

Freiburg i. Schw., 4. November. Die Firma Bühler wollte ihrer 24 Mann starken Belegschaft, den auf Grund der September-Notverordnung zulässigen Lohnabbau, aufbieten. Sie stieg dabei auf den geschlossenen Widerstand der Kollegen. Die Belegschaft hatte am Donnerstag früh die Arbeit niedergelegt. Schon nach einer Stunde Streik gab die Firma bekannt, daß sie den Lohnabbau nicht vornehmen werde.

Dieses Zurückweichen des Unternehmers ist nur zurückzuführen auf das entschlossene Auftreten der Belegschaft, die dadurch einen glänzenden Streiksieg errungen hatte.

„Volkswacht“ kontra „SNZ.“!

Die sozialdemokratische „Volkswacht“ veröffentlicht Enthüllungen über Korruptionen in der SNZ. und behauptet, daß die „SNZ.“ durch ein Berliner Schmutzblatt ausgehalten werde. Der Redakteur dieses

Schmutz- und Schundblattes ist Dr. Fritz Levy, der Schwager von Max Seydewitz, der mit Götze, Hegler die SNZ. gegründet hat.

Die „SNZ.“ versucht diese schwere Anschuldigung abzuschwächen, indem sie behauptet, daß die SNZ. in den letzten Jahren immer wieder hohe Beträge aus staatlichen Fonds zur Finanzierung ihrer zahlreichen bankrotten Zeitungsunternehmungen benutzt habe.

Diese sogenannte Arbeiterpresse versucht kurz vor den Wahlen mit der gegenseitigen Aufrollung von Korruptionsgeschichten Stimmenfang zu treiben. Einzig und allein die kommunistische Presse hat ihre Basis in dem starken Vertrauen und der Unterstützung der Arbeiterklasse. Sie, die der Todfeind der kapitalistischen Klasse ist, wird deshalb auf das stärkste verfolgt, tagtäglich hageln neue Presseverbote, die Rotationsmaschinen werden versiegelt, um uns finanziell zu schädigen. Über jeder Schlag wird pariert, durch die immer stärkere Verbundenheit mit den antifaschistischen Bevölkerungsschichten. Die sozialdemokratischen und SNZ.-Arbeiter, angewidert von dieser Korruptionspresse, müssen Leser unserer Zeitung werden.

Nationalsozialistische Frauenleiterin tritt der KPD. bei

Gleiwitz, 5. November. In der gestern abend in der „Neuen Welt“ abgehaltenen Versammlung des Einheitsausschusses, trat die Frauenleiterin der NSDAP. unter Abgabe einer Erklärung zur KPD. über. Die Erklärung wurde begeistert aufgenommen. Enttäuscht von der Politik der NSDAP. reißt sich diese Frau in die rote Kampffront ein.

Wir rufen allen Frauen zu: Keine Stimme der Hitler-Partei, die euch als Gebärmachine betrachtet, die euch das Wahlrecht nehmen will! Alle proletarischen Frauen wählen Liste 3.

Breslauer Metallarbeiter lehnen jeden Pfennig Lohnabbau ab!

DMV.-Funktionäre auch gegen das neue Verhandlungsergebnis

Breslau, 5. November. Die Breslauer Metallarbeiter haben, wie wir berichteten, in der Urabstimmung am 20. Oktober den Schiedspruch, der für die Arbeiter in der Metallindustrie 1 1/2 Pfg. und in den Betrieben der Elektrotechnik 6 Pfg. Lohnabbau pro Stunde sowie eine Verschlechterung der Affordräge vorschlag, abgelehnt und mit 82-prozentiger Mehrheit für Streik gestimmt. Unter dem Druck dieser Kampfes Stimmung der Arbeiter haben die Metallindustriellen bei erneuten Verhandlungen einige weitere, jedoch ganz unzureichende Zugeständnisse gemacht. Der Lohnabbau für die Elektrotechniker soll jetzt nur noch 3 Pfg., d. h. in der Spitze jetzt 73,5 Pfg. betragen, der Abbau von 1 1/2 Pfg. in der Metallindustrie soll aber bleiben. Des weiteren soll der von den Metallarbeitern allgemein abgelehnte Satz in der Zusatzvereinbarung zu dem Schiedspruch, daß dann keine Verantwortung für eine Affordrerevision gegeben sein soll, wenn es sich um Afforde handelt, die zurzeit nur einen durchschnittlichen Ueberverdienst bis zu 33 1/3 Prozent erbringen, jetzt vollkommen gestrichen werden.

Mit diesem Verhandlungsergebnis beschäftigt sich am Donnerstag eine Betriebsräte- und Vertrauensleute-Sitzung der Breslauer Metallindustrie. Fast sämtliche Diskussionsredner sprachen sich mit aller Schärfe auch gegen den neuen Vorschlag der Unternehmer aus. Es wurde durchweg verlangt: Unverändertes Fortbestehen der bisherigen Löhne und Affordrerebestimmungen, andernfalls Kampf. Dem entsprechend wurde auch mit erdrückender Mehrheit das neue Verhandlungsergebnis abgelehnt.

Die Breslauer Metallarbeiter müssen sich darüber klar sein, daß die Metallindustriellen nach der Wahl mit aller Macht vorstößen werden, um den Lohnabbau, wie sie ihn wünschen, durchzuführen zu können. Sie sind sich der Unterstützung der Papen-Regierung gewiß, und welche Rolle werden hierbei die Gewerkschaftsführer einnehmen? Sie werden genau so handeln wie im Berliner Verkehrsarbeiterstreik. Sie werden die Organisierung des Streikampfes sabotieren, und wenn gegen ihren Willen der Kampf ausbricht, werden sie ihn als „wildes“ bezeichnen und alles zur Abwägung deselben tun. Sie bringen in der heutigen Ausegabe ein Schanddokument, wonach die Gewerkschaftsführer mit den Industriellen einen Lohnabbau frei vereinbart haben. Und deshalb müssen die Breslauer Metallarbeiter in den Betrieben die rote Einheitsfront zum Kampf schmieden und am 6. November nicht die Rote Fahne, sondern die Rote Liste der Kommunisten, Liste 3. wählen!

Die SPD. Schrittmacher des Faschismus

Urteilt selbst, sozialdemokratische Arbeiter!

Der Vertreter der preussischen Regierung Severing-Braun erklärte am 17. Oktober vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig laut Bericht des „Vorwärts“ am gleichen Tage:

„Die preussische Regierung hat sich gegenüber der Reichsregierung (Papen) im Juni und Juli amtlich äußerst loyal verhalten. Sie lehnte jedes Ansinnen ab, in ihren Amtshandlungen, die Reichsregierung zu bekämpfen. Das sei Sache der Wahlen. Ministerpräsident Braun hatte 1925 bei der Reichspräsidentenwahl im ersten Wahlgang 8 Millionen Stimmen erhalten. Im April 1932 führte er diese Stimmen unter dem wütenden Widerspruch der KPD. Hindenburg zu... Bei der Verabschiedung des Reichshaushalts im Juni machte die preussische Regierung der Reichsregierung keine Schwierigkeiten. Sie schwieg auf Wunsch (Papens) mit Rücksicht

auf Genf über den Reichswehrhaushalt im Plenum und sogar im Ausschuss.“

Hier, sozialdemokratische Arbeiter, steht es schwarz auf weiß: Die Sozialdemokratie, SPD.-Severing und SPD.-Braun haben Papen nicht bekämpft! Sie haben ihn außerparlamentarisch unterstützt und bei den Wahlen Millionen Arbeiter verleitet, für Hindenburg, der Papen einsetzte, zu stimmen. Die SPD. rühmt sich noch, daß die Preußenregierung Severing der faschistischen Papen-Regierung „keine Schwierigkeiten“ gemacht, die Annahme des Reichsetats ermöglicht und den Reichswehretat gestützt hat.

Der Vertreter Preußens erklärte weiter im Namen Brauns und Severings deren Bereitschaft zur „freiwilligen

Zusammenarbeit mit dem Reichskanzler und mit dem Reichskommissar“ (Papen)!

So war, so ist die Sozialdemokratie der Schrittmacher des Faschismus. Ohne Severing kein Papen und kein Hitler! Sozialdemokratische Arbeiter, vorwärts mit den Kommunisten in der Einheitsfrontaktion gegen Hunger und Faschismus, gegen Lohnabbau und Papen. Am 6. November bekennt euch alle dazu und wählt die einzige antifaschistische Partei.

KPD. — Liste 3!

Im Zeichen der Einheitsfrontaktion

Belegschaft Eisenbahn-Lokomotivwerkstatt Gleiwitz gelobt Kampfesolidarität

Protest gegen „Rote-Fahne“-Verbot und Beschlagnahme der Rotationsmaschine, gegen Verhaftung von streikenden BVG.-Arbeitern

Gleiwitz, 5. November. Kaum als die Nachricht durch Radio und Presse bekannt wurde, daß die Berliner Verkehrsarbeiter geschlossen in den Streik getreten sind, hat die Belegschaft des Lokomotivwerkes Gleiwitz in der Mittagspause zum Verkehrsarbeiterstreik Stellung genommen. Die Belegschaft faßte einstimmig den Beschluß, den Berliner Verkehrsarbeitern in einem Telegramm Kampfesolidarität zu geloben. Das Telegramm lautet:

„Belegschaft des Lokwerkes Gleiwitz sendet den Berliner Verkehrsarbeitern heiße Kampfesgrüße und erklärt ihre volle Sympathie für den Kampf gegen Lohn-

abbau und Notverordnungen.“

Die gestern abend im Gleiwitz in der „Neuen Welt“ abgehaltene Versammlung des Einheitsausschusses, hat ebenfalls in einer angenommenen Entschiedenheit Solidarität gelobt. Gleichfalls wurde gegen das erneute Verbot der „Roten Fahne“ und die Beschlagnahme der Rotationsmaschine und gegen die Verhaftung von streikenden BVG.-Arbeitern, sowie der Bezirksindustriegruppenleitung der RGD, Gruppe Gemeinde und Verkehr, protestiert.

Breslau, 5. November. Die gestern im „Zentralballsaal“ stattgefundenen öffentliche Versammlung des Breslauer RGD. begrüßt in einer einstimmig angenommenen Entschiedenheit den heroischen Streik der Berliner Verkehrsarbeiter. Gleichzeitig erhob die Versammlung klammern Protest gegen das Verbot der „Roten Fahne“ und der „Welt am Abend“.

Unerschütterliche Streikfront der Berliner Verkehrsarbeiter

(Schluß von der ersten Seite.)

Führern gesprochen. In der SPD. ist eine regelrechte Revolte gegen die Führer ausgebrochen.

Wie wir erfahren und wie die bürgerliche Presse bestätigt, hat die seit vorgestern nacht ununterbrochen tagende zentrale Streikleitung der Verkehrsarbeiter beschlossen, den Streik auf der ganzen Linie geschlossen weiterzuführen. Der Streik findet in den Betrieben eines starken Widerstand. Die 1600 Mann starke Belegschaft der Gas-Gesellschaft in Schöneberg hat mit über Dreiviertel-Mehrheit den Streik beschlossen. Die 500 Mann starke Belegschaft der Belleubungs-jabrik hat gestern in den Streik getreten. Auch die Arbeiter der Berliner Müllabfuhr stehen vor dem Streik. Kampfesgrüße sind unter anderem eingegangen von den Pariser Verkehrsarbeitern und von einer Massenversammlung der Ruhrarbeiter.

Reichstagswahl am 6. Nov. 1932

1		<input type="radio"/>
2		<input type="radio"/>
3	Kommunistische Partei Deutschlands	<input checked="" type="radio"/>
4		<input type="radio"/>



Hier dein Kreuz

Jedem Krönung für die Liste 3
ein Laus in unsere Zeitung!

Werde heute noch
Abonnent der Zeitung
die nur deine
Interessen wahrnimmt

Angestellte, wählt Kommunisten, Liste 3

Sinein in die rote Einheitsfrontaktion — Kämpft gegen Papen-System nach dem Vorbild der Arbeiterklasse
Von Paul Bohnstengel

So wie der „Dank des Vaterlandes“ für den Frontsoldaten aussteht, so war auch der „Dank der Wirtschaft“ für das Heer von 4 Millionen Angestellten.

Vom Lebensstandard der Angestellten Ende 1932 vermitteln nachstehende Zahlen schon einen Überblick über die soziale Bilanz, die alle Berufsgruppen zu ziehen haben. Wenn 1931 der Gehaltsabbau auf etwa 3 Milliarden beziffert wurde, so sind für 1932 wesentlich höhere Zahlen anzunehmen. Selbst die Wa-Presse stellt in einer Untersuchung über den Umfang der Kurzarbeit der Angestellten fest:

„Der kurzarbeitende Angestellte von 1932 hat häufig weniger als die Hälfte des Einkommens von 1929. . . daß von den freigewerkschaftlich organisierten kaufmännischen und technischen Angestellten heute kaum noch die Hälfte voll beschäftigt sein wird.“

Bei dem Angriff der Bourgeoisie auf die Gehälter der Angestellten kümmerte sie sich gar nicht um die „berühmten Angestelltenrechte“. Das DGB und die DDO waren schon in der Kurzarbeiterfrage kein Hindernis in der faschistischen Rechtsprechung des Reichsgerichts. Was der Chemietönik Wösch 1931 in einer Aufsichtsratsprüfung der IG-Farben zurecht, gilt jetzt 1932 für alle Kapitalisten:

Die Angestellten werden grundsätzlich nicht anders behandelt als die Arbeiter.

Wenn der Angestellte immer noch der Meinung war, er nehme eine Sonderstellung ein, so war das Jahr 1932 eine bittere Enttäuschung für die Theorie vom Standesbewußtsein, die auf diesem Irrtum aufgebaut war. Besonders hart trifft es die qualifizierten Gruppen.

Nach dem 6. November — Abbau des Kündigungsschutzgesetzes

Der Reichsarbeitsminister hat den Reichswirtschaftsrat aufgefordert, ein Gutachten zur Prüfung des Kündigungsschutzgesetzes zu erstatten. Am 12. Oktober sollten die Beratungen beendet sein. Welchen Sinn hat die Verschlebung auf die Zeit nach den Wahlen? Es ist ganz klar, daß die Papen-Regierung es für nützlich hält, die Verschlechterung der Kündigungsfristen für die Angestellten auf die Zeit nach der Wahl zu verlegen, um die Wahlausichten der bürgerlichen Parteien nicht zu gefährden.

Aus der Vorgeschichte dieses Gesetzes ist wichtig, daß einzig und allein die Kommunistische Partei es war, die schon am 10. Februar 1925 (Nr. 539) einen Antrag zum Schutze der älteren Angestellten einbrachte. Die Kommunisten waren es wiederum, die erklärten, daß das später angenommene Gesetz den älteren Angestellten keine Hilfe bringen wird. Es ist ja bezeichnend, daß der Papen-Minister, Krupp-Direktor a. D. Schäfer, mit der Unzulänglichkeit der gesetzlichen Bestimmungen die kleine Konzession von 1926 liquidieren will. Und heute sind es wiederum die Kommunisten und die RGO, die rechtzeitig in der Angestelltenpresse auf diesen Papen-Angriff gegen die Angestelltenrechte aufmerksam machten. Die RGO tritt aber nicht für die Beschränkung des Kampfes auf, sondern vor allem für den Angestelltenkampf im Betrieb gegen die Pläne der Bourgeoisie und ihrer Regierung ein, für das Bündnis mit der Arbeiterklasse.

Die Angestellten-Gewerkschaften für den Kapitalismus

Auf dem Boden des bürgerlichen Regimes wächst jene Angestelltenpolitik, die die Interessen der Angestellten so schwachvoll preisgegeben hat. Ein Beispiel: Bei den Februarverhandlungen im Versicherungsgewerbe erklärte der Fachgruppenleiter des DGB, Dr. Brillke:

„Wir wollen immer schiedlich-friedlich mit der Gegenseite zu einer Verständigung kommen. . . Gerade, weil die heutige Zeit so ernst ist, ist es wenig angebracht, zwischen den Parteien Konfliktstoff entstehen zu lassen. . . Wenn Sie (gemeint ist der Arbeit-

Die RGO für den Angestelltenkampf, für die Einheitsfront im Betrieb

Seit 2 Jahren erscheint die revolutionäre Angestelltenzeitung, der „Angestelltenkampf“, und jede ihrer Nummern haben wir mit Material belegt, wie sich das soziale Schicksal der Angestellten entwickeln wird. Wir haben uns darum aber nicht beschränkt, nur nachzuweisen, in welchen Formen das Unternehmertum die Angestellten verewenden wird, sondern haben auch die Erfahrungen der Arbeiterbewegung ausgewertet, um die Wege des Angestelltenkampfes auseinanderzusetzen.

Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition kann in diesen Tagen auf erste Erfolge ihrer Kampfstrategie hinweisen. Indem sich die Leier-Gewerkschaft für die Resolution der RGO erklärte und einen breiten Kampfausschuß bildete, den Termin des Kampfes bei Beginn des Oktobergeschäftes anwendete, gelang es in diesem Betrieb von über 1000 Angestellten, den tariflichen Gehaltsabbau in diesem Betrieb zu verhindern. In ähnlicher Weise setzten Angestellte die Stempelaktion der RGO durch. 70 Prozent der Angestellten des Warenhauses Leonhard Tisch fanden mehrere Stunden im Streik. Der Streikführer der Nationalsozialisten und sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer in Köln zwang zum Abbruch dieses Kampfes.

Die Tatsache, daß heute Angestellte unter revolutionärer Führung in den Streikaktionen eintreten, seitet einen neuen Abschnitt in der deutschen Angestelltenbewegung ein. In dem Maße, wie sich die Angestellten die Erfahrungen des Arbeiterkampfes in Deutschland zunutze machen, in dem Maße, wie sie ihre eigene Sache in ihre eigenen Hände nehmen, werden sie auch den Angriff der Unternehmer zurückslagen.

Für die Einheitsfront mit den Arbeitern

Der Angestellte muß in die Hand einschlagen, die ihm die revolutionäre Arbeiterklasse reicht. Die Kommunistische Partei hat von jeher die Interessen aller Werktätigen gegen das räuberische Finanzkapital verteidigt.

Diese Einheitsfront des Proletariats ist der Sieger von morgen.

Ein Beispiel für viele:

In Köln entläßt die Firma Humboldt einen großen Teil ihrer technischen Angestellten mit der Begründung des Auftragsmangels. Den Angestellten wurde aber erklärt, daß sie als selbständige Gewerbetreibende Aufträge für die Firma erledigen können. Die Firma empfahl den Angestellten, sich einen Gewerbeschein zu besorgen und stellte ihnen dann ein großes Zeichenbrett und das notwendige Zeichenmaterial in ihre Wohnung. Die Firma schätzte die Arbeit nach Stunden ab und zahlt pro Stunde 85 Pfennig für die Arbeit eines selbständigen Konstrukteurs. Außerdem spart die Firma die sozialen Beiträge. Eine andere Kölner Firma schätzt die Arbeiten selbständiger Konstrukteure ab nach Denkfunden und mechanischen Stunden. Denfstunden werden nach der bestimmten Tarifklasse für Konstrukteure bezahlt, die mechanischen Stunden, d. h. die Zeit der zeichnerischen Ausführung eines Projektes, erfolgt nach der Tarifklasse für mechanische Arbeit. Einer Stenotypistin in der Wäschefabrik Zentrum in Berlin wird ein Stundenlohn von 15 Pfennig gezahlt.

Die Zahl der erwerbslosen Angestellten wuchs in fünf Jahren (von 1928 bis 1932) von 180 000 auf etwa 700 000. Sie stieg stärker als die der erwerbslosen Arbeiter.

Fassen wir noch einmal zusammen: Gehaltsabbau in direkter Form, tariflich bzw. durch Kurzarbeit, und durch Verringerung des Entlohnungsprinzips, des längeren Urlaubs und Verschlechterung in der Sozialversicherung, untertarifliche Bezahlung, vor allem innerhalb der älteren bzw. jüngsten Angestelltenklasse.

Der Führer der Kommunistischen Partei, Ernst Thälmann, hat zu Beginn dieses Jahres mit Recht auf die sich immer weiter entwickelnde Proletarisierung der Angestelltenklasse hingewiesen.

geber) und deshalb einen Waffenstillstand anbieten, sind wir durchaus bereit, auf diesem Wege zu einer Verständigung mit ihnen zu gelangen, scheidlich-friedlich, wenn auch unter gewissen Opfern.“

Derselbe Zentralverband der Angestellten veröffentlicht am 16. Mai 1932 im „Freien Angestellten“ einen Artikel, in dem über diesen Notverordnungsstaat folgendes gesagt wird:

„Der Staat ist heute nicht mehr ausschließlich der Hüter kapitalistischer Interessen. Er hat gleichzeitig auch Rücksichten zu nehmen auf die sozialen Bedürfnisse der arbeitenden Menschen.“

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten (GdA) predigt die gleiche arbeitsgemeinschaftliche Politik. Der antisemitische deutschnationale Handlungsgehilfenverband sah in den Notverordnungen Brünings ein Stück „nationalen Sozialismus“. In der Flugblatttagitation wittert er gegen die „unvernünftigen“ Unternehmer, auf dem Verbandstag dieses Jahres erklärte der Führer des DGB, „das stärkste Argument in diesem Kampf ist nicht unser materielles Ziel, nicht das materielle Wohl unseres Standes, unser Kampf entspringt dem Hauptziel unserer Bewegung, dem „nationalen Ziel.“ Von W. schreibt die Zeitung des DGB, die „Deutsche Handelsmacht“:

„Recht gehörte mit zu den Männern, die durch die Gründung der Arbeitsgemeinschaften zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern in den Revolutionstagen den Weg nach Deutschland dem Bolschewismus versperrten und dadurch deutsches Wesen und deutsche Kultur (lies: Kapitalismus) auf Jahrhunderte hinaus (?) retteten.“

Mit anderen Worten: Die DGB-Führer rühmen sich, die Angestelltenklasse zur Befestigung des kapitalistischen Systems gegen die revolutionären Arbeiter eingesezt zu haben, für das System, das heute den Angestelltenkampf liquidiert.

Es sind aber dieselben DGB-Führer, von denen der Sozialdemokrat Aufhäuser sprach, als er mit Freunden feststellte, „daß in der praktischen Tagesarbeit kein Unterschied zwischen den einzelnen Verbänden besteht“.

Will der Angestellte Arbeit und Brot, nationale Freiheit, dann gibt es nur eine Entscheidung:

Mit den Kommunisten kämpfen für die Arbeiter- und Bauernrepublik, für den Sozialismus.

Darum wählt Liste 3

ERNST THÄLMANN:

Im Kampf gegen die faschistische Diktatur

REDE UND SCHLUSSWORT AUF DER PARTEI-KONFERENZ DER KPD

DIE POLIT-RESOLUTION DER PARTEI-KONFERENZ IM OKTOBER 1932

HERAUSGEGEBEN VON DER KPD

64 SEITEN — BRIS 2075



„Nur unsere gemeinsame Kraft zerreißt Versailles“

Brüderliche Antwort des Führers der KPD auf die Pariser Rede Thälmanns

In der gestrigen gewaltigen Kundgebung im Saal Bullier führte der Reichssekretär der Kommunistischen Partei Frankreichs, Genosse Maurice Thorez, in seiner Antwortrede folgendes aus: „Die Kundgebung von heute abend besitzt geschichtliche Bedeutung. Sie zeigt auf, daß wir, und nur wir, Anhänger und Mitkämpfer der Dritten Internationale, wirkliche Internationale Listen sind. Welche Demonstration ist doch die Unwesenheit Thälmanns, des tapferen Führers der Kommunistischen Partei Deutschlands, der revolutionären Vorhut des Proletariats Deutschlands, in Paris!“

In Deutschland geht gegenwärtig eine große Schlacht vor sich. Es ist dies eine Wahlkampagne, doch gewinnt sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen besondere Bedeutung angesichts der Verschärfung der Krise und der Entfesselung des Klassenkampfes. Wir sind dessen gewiß, daß unsere Bruderpartei gestärkt aus ihr hervorgehen wird. Jeden Abend spricht Thälmann vor Zehntausenden Werktätigen Deutschlands, die das kommunistische Programm und die Politik des internationalen Kommunismus zustimmend begrüßen. Zwischen der gestrigen Versammlung in München und der morgigen in Berlin hat Thälmann sich hergegeben, um zu den Pariser Arbeitern, den Enkeln der Kommunisten, zu sprechen. Welch eine Kennzeichnung des Internationalismus zeigt sich doch in dieser Art und Weise, in der die Wahlkampagne aufgeföhrt und durchgeführt wird!

Vor einigen Tagen haben die Kommunistischen Parteien Frankreichs und Deutschlands und die Vertreter der kommunistischen Bewegung in Elsaß-Lothringen ein gemeinsames Manifest erlassen, das auch bekannt ist. Der Sinn dieses Manifestes lautet: „Nieder mit dem Vertrag von Versailles!“

Der letzte Krieg war ein Raubkrieg, und der Vertrag, der ihn beendete, war ein Raubvertrag, geheiligt von der Sozialdemokratie, die seine Durchführung unterstützt. Das kapitalistische Regime ist im Sterben. Es geht zum Tode, unter den Zudrängen der Wirtschaftskrise und inmitten von Kriegen.

Der Vertrag von Versailles bedeutet die Hegemonie Frankreichs, bedeutet die Unterwerfung Deutschlands unter ein brutales Joch, bedeutet die Unterdrückung Elsaß-Lothringens durch unseren Imperialismus, so wie es zuvor durch den Imperialismus Deutschlands unterjocht worden war. Versailles bedeutet die Unterdrückung der nationalen Unabhängigkeiten Europas, bedeutet die Balkanisierung Europas, es bedeutet die Reparationslast, die auf den Verfallenen der besiegten Länder lastet; es bedeutet ein System, in dem Frankreich dank den Ländern, die es zu seinen Vasallen gemacht hat, vorherrschend ist. Ein derartiger Vertrag ist daher die größte Kriegsquelle der gegenwärtigen Stunde.

Lenin hat im Jahre 1918 gesagt: „Wenn der Sozialismus nicht in der ganzen Welt triumphiert, wird der Frieden zwischen Kapitalisten nur eine flüchtige Atempause, nur die Vorbereitung noch blutiger Kriege sein.“

Die Massen empfinden, den heuchlerischen und verlogenen Reden der Regierenden und ihrer sozialdemokratischen Stützen über den Frieden und über die angebliche Abrijung zum Troz, intensiv die Gefahr. Abrijung? Frankreich ist ein Mandatgebiet zu Lande, mit Luftmanövern, mit Mandat zu See, mit unerhörten Ausgaben für den Krieg. Soeben hat man das Kriegsschiff „Dauterque“ in Arbeit genommen, das ungeheure Summen kostet, während man für die Arbeitslosen kein Geld findet und während die Beamten bedroht sind. Frankreich ist der Gendarm Europas und der Vorkämpfer des Angriffs gegen die Sowjetunion.

Die französische Bourgeoisie befindet sich gegenwärtig auf der Suche nach einem Alibi, denn ihre kriegerische Politik bleibt bei den Massen nicht ganz unverstanden. Dieses Alibi ist gegenwärtig der sogenannte „konstruktive Abrijungsplan“. Der Zweck des „konstruktiven Abrijungsplans“ besteht darin, die übermäßige Bewaffnung Frankreichs zu rechtfertigen und zugleich seine Isolierung im internationalen Maßstab zu vermeiden. Die Regierenden Frankreichs erhalten dabei die Unterstützung der Sozialdemokratie. Léon Blum, den seine Freunde vor einigen Tagen als das künftige Regierungsoberhaupt darstellten, hat zu wiederholten Malen den Vertrag von Versailles im Namen seiner Partei verteidigt, und eben so hat er das verteidigt, was er „den natürlichen Anspruch auf die Reparationen“ nennt.

Wir sind Kommunisten, wir sind Leninisten. Wir zeigen den betrogenen Verfallenen, daß die Hauptquelle des Krieges gegenwärtig im Rücken des Vertrages von Versailles zu finden ist. Wir fügen hinzu, daß die anderen Geheimverträge Versailles erweitern und vertiefen. Wir haben die Stimme Karl Liebknechts gehört, dessen Ausdruck „Der Feind steht im eigenen Land“ Thälmann soeben angeführt hat.

Wir haben einen Gegenwurf eingebracht, der die Ungültigkeitserklärung des Vertrages von Versailles vorschreibt. Dieser Entwurf ist nicht dazu bestimmt, Illusionen hervorzurufen, aber einen stärkeren Kampf der Massen herbeizuföhren. Dieser unmittelbare Kampf wird zur Ungültigkeitserklärung des verbrecherischen Vertrages von Versailles führen.

Das gesamte Volk Deutschlands und im besonderen diejenigen Werktätigen Deutschlands, die sich noch von der chauvinistischen Demagogie Dillers mißbrauchen lassen, sollen wissen, daß die revolutionären Proletarier Frankreichs heute mehr denn je für die Vernichtung des Vertrages sind. Wir wollen seine Vernichtung, nicht nur aus Klassenolidarität, sondern auch weil er ebenfalls auf uns lastet, wie auf euch, weil er unsere Schuld noch die gewaltige Last des Kriegsbudgets des französischen Imperialismus aufbürdet; weil er uns der Diktatur des französischen Militarismus, des unverjämtesten und angriffsunfähigsten von allen, unterwirft.

Die Verfallenen Deutschlands sollen wissen, daß dieser Sklavenvertrag nur durch die gemeinsamen Massennationen der Proletarier Deutschlands und Frankreichs zertrümmert und für ungültig erklärt werden kann, nicht aber durch jene, die den Haß zwischen den Völkern aufspalten. Wenn also die Verfallenen die soziale und nationale Befreiung des deutschen Volkes verwirklichen wollen, müssen sie sich entschließen unter dem Banner der kommunistischen Internationalen sammeln.

In diesem 15. Jahrestag, wo wir den gewaltigen Aufbau des Sozialismus feiern, schmören wir, die siegreiche Sowjetrevolution zu verteidigen. Wir vermeiden darauf, daß der Frieden dort nur durch die Herrschaft des Proletariats gesichert ist. Hand in Hand werden wir Verfallenen Deutschlands, Frankreichs und Elsaß-Lothringens zum Siege kämpfen.“

Die Unternehmer im Angriff auf die Rechte der Betriebsräte

Reformistische Betriebsräte kapitulieren vor den Angriffen — Belegschaften, heraus zur Verteidigung der letzten Rechte der Arbeiterschaft

Im Programm der kapitalistischen Diktatoroffensive haben die Unternehmer neben dem Lohnabbau, Knackbau an der Arbeitskraft zur Zieherung ihres Profits, auch die Beseitigung der letzten Reste der Rechte der Arbeiterschaft und der Betriebsvertretungen vorgesehen. Für die Unternehmer sind diese Fragen, wie für die Arbeiterschaft nicht Angelegenheiten der gesetzlichen Regelungen allein, sondern in allererster Linie Fragen der Macht und der Kampfkraft der Arbeiterschaft. Dort, wo die Unternehmer glauben, daß die Belegschaft durch die reformistische Verrats- und Manipulationspolitik schon so müde ist, daß ihnen kein unmittelbarer Widerstand durch die Belegschaft droht, gehen sie zum Angriff nicht nur auf den Lohn und die Arbeitszeit über, sondern auch auf die Beseitigung der letzten Rechte der Betriebsvertretungen.

Ein Schulbeispiel dafür ist eine Betriebsratsführung der Nadelnagelgrube, die sich mit einigen Forderungen an die Verwaltung befähigt.

Der Betriebsrat verlangte gemäß § 71 des ARG, daß die Verwaltung den gesamten Betriebsausschuß zu den Vierteljahresberichten hinzuziehe. Nach den Bestimmungen des ARG darf dieses Verlangen dem Betriebsausschuß nicht verweigert werden. Die Verwaltung ging über diese Forderung hinweg und hält es nicht für notwendig, dem Betriebsausschuß die Berichterstattung zu machen. Der reformistische Betriebsratsvorsitzende Gymann, gibt sich mit dem Verhalten der Verwaltung zufrieden und hat nicht das geringste versucht, hier die Rechte der Arbeiterschaft gemäß dem „Gesetz“ Geltung zu verschaffen.

Nicht genug kann die SPD-Mehrheit und insbesondere jetzt im Wahlkampf davon faheln, daß die Arbeiterschaft „nur“ durch eine starke Vertretung der SPD in den Parlamenten ihre Rechte „gesetzlich“ gesichert bekommt. Dieser Schein auf der Nadelnagelgrube zeigt, wie die Unternehmer auf die Geiseln spielen. Die Belegschaften müssen erkennen, daß alle Fragen ihres Rechtes letzten Endes Fragen der Macht und Kampfkraft der Belegschaften sind. Sie müssen, daß die reformistischen Führer, wie Severing und Braun, auf den Wind gefahren und kapitulieren.

Die weitere Tagesordnung der Betriebsratsführung behandelte u. a. die Weihnachtseinkaufsaktion und die Barbarafest. Statt sich mit den Fragen des Lohnabbaus, den betrieblichen Mißständen und Forderungen der Belegschaften zu befassen, handeln die Reformisten um Weihnachtseinkaufsaktion und Barbarafest.

Auch hier zeigt sich die Tatsache, was die Verwaltung gegenüber den vergangenen Jahren zu tun gedenkt. Statt ausschließlich Geld, muß die Verwaltung d. h. den Invaliden, Witwen und Waisen zum Teil Brandstiftung schenken. Die Biermarken zur Barbarafest sollen nur die Kirchgänger — erhalten. Der christliche Betriebsrat Mainka hat die Verwaltung darüber hinaus, nach dem Kirchgänger eine „Theaterveranstaltung“ zu arrangieren. Alle übrigen Punkte in bezug auf betriebliche Angelegenheiten, lehnte die Verwaltung fast schamlos ab.

Hier muß die Belegschaft dazwischen fahren. Hier geht es um

ihre Rechte. Den Kumpels muß es im Gegensatz zu diesen „Arbeitervertretern“ um mehr gehen, als um die Weihnachtseinkaufsaktion und „Biermarken“ zur Barbarafest.

Der Betriebsratsvorsitzende G. Gymann stammelt jetzt in den öffentlichen Wahlversammlungen der SPD über Sozialisierung und Umbau der Wirtschaft, sowie „Kampf“ gegen die faschistische Reaktion. Und auf seiner Schachtafel macht er Barbarafest- und Biermarkenpolitik. Das ist die Praxis der SPD-Politik.

Sozialdemokratische und christliche Arbeiter! Wir wissen und sind der Meinung, die ihr mit uns als Kommunisten teilen werdet, daß es jetzt wichtigere Dinge gibt, als die angeführten. Mit Hungerlöhnen geht ihr am Jahrtag noch Kauf. Erbitterung herrscht bei euch und euren Frauen, wenn ihr an die Aufteilung eures Hungerlohnes

Karl Marx und die Juden

Die Nazis bestreiten nach wie vor einen Großteil ihrer Agitation unter dem verarmten Kleinbürgertum mit antisemitischen Phrasen. Den Marxismus bezeichnen sie als eine „Ausgeburt des jüdischen Geistes“, „der jüdischen Weltpest“, deren Hauptaufgabe es sei, alle anderen Völker zu unterjochen und zu vernichten. Da auch vielen Kommunisten nicht bekannt ist, daß Karl Marx bereits 1844 in den deutsch-französischen Jahrbüchern zur Judenfrage Stellung genommen hat, zitieren wir hier einiges aus seinem Artikel. Seine Ausführungen sind der vollgültige Beweis für die Lügenhaftigkeit der Naziagitation und können uns bei der Aufklärung verirrter Volksgenossen gute Dienste leisten.

Karl Marx schreibt: „Betrachten wir den wirklichen weltlichen Juden, nicht den Sabbathjuden, sondern den Alltagsjuden. Suchen wir das Geheimnis des Juden nicht in seiner Religion, sondern suchen wir das Geheimnis der Religion im wirklichen Juden. Welches ist der weltliche Grund des Judentums? Das praktische Bedürfnis, der Eigennutz. Welches ist der weltliche Kultus der Juden? Der Schacher. Welches ist sein weltlicher Gott? Das Geld. — Eine Organisation der Gesellschaft, welche die Voraussetzung des Schachers, also die Möglichkeit des Schachers aufhobe, hätte den Juden unmöglich gemacht.“

„Der Jude hat sich auf jüdische Weise emanzipiert (durchgesetzt), nicht nur, indem er sich die Geldmacht angeeignet, sondern indem durch ihn und ohne ihn das Geld zur Weltmacht und der praktische Judentum zum praktischen Geist der christlichen Völker geworden ist. Die Juden haben sich insoweit emanzipiert, als die Christen zu Juden geworden sind! Sobald es der Gesellschaft gelingt, das empirische (tatsächliche) Wesen des Judentums, den Schacher und seine Voraussetzungen aufzuheben, ist der Jude unmöglich geworden, weil sein Bewußtsein keinen Gegenstand mehr hat, weil die subjektive Basis des Judentums, das praktische Bedürfnis, vermenschlicht, weil der Konflikt (Widerstreit) der individuell-sinnlichen Existenz mit der Gattungsexistenz des Menschen aufgehoben ist.“

geht, um den Lebensunterhalt zu bestreiten. Es langt nicht hin und her.

Hier sagen wir euch als Kommunisten, rote Verbändler und ARG-Kollegen, wir müssen unsere Geschicke selbst in die Hand nehmen, wenn wir nicht noch tiefer ins Elend sinken wollen.

Verarbeiter der Nadelnagelgrube. Stürmisch müssen wir gemeinsam ohne Parteunterschied eine Belegschaftsversammlung fordern und Stellung nehmen zu den betrieblichen Mißständen und unseren Forderungen. Während wir Förderkaffe und brauchbare Hausbrandkaffe fördern, gibt man uns und den Invaliden, Witwen und Waisen nur Schiefer. Die Löhne werden meistens durch das raffinierte Ausbeutungssystem unter Tarif gezahlt. Einer ganzen Anzahl von Gehilfen wurde das Gehalte verschlechtert.

Gemeinsam müssen wir sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeitern mit den Kommunisten, den ARG- und ARD-Kollegen den Kampf um diese Forderungen organisieren und führen. Nur durch den geschlossenen Kampf in der Einheitsfrontaktion werden wir verhindern können, daß die Unternehmer immer frecher werden und unsere Lebenslage verschlechtern.

Darum Front gemacht, denn in der Einheit und dem Kampf liegt unser Sieg. Dieser Kampf muß auch am 6. November durch Wahl der Liste 3, seinen Ausdruck finden und eine millionenfache Antwort zum Kampf gegen die Unternehmer und ihre Lakaien werden.

Diese wenigen, wahrhaft marxistischen Sätze zeigen mit schlagender Deutlichkeit, wie und auf welchem Wege die „jüdische“ Raffgier, die ebenso christlichen wie jüdischen Kapitalisten eignet, mit der Wurzel ausgerottet werden kann:

„Die Abschaffung des Privateigentums ist die kürzeste und bezeichnendste Zusammenfassung der aus der Entwicklung der Industrie notwendig hervorgehenden Umgestaltung der gesamten Gesellschaftsordnung und wird daher mit Recht von den Kommunisten als Hauptforderung hervorgehoben.“ (Friedrich Engels: „Grundsätze des Kommunismus“, 1847, s. Elementarbücher Bd. 11.)

„Wir werden die Fabriken, Bergwerke, Banken und großen Güter durch die entschädigungslose Enteignung der Kapitalisten in die Hände des werktätigen Volkes überführen!“ (Aufruf der KPD, vom 15. September 1932.)

Wie wenig die Nazis beabsichtigen, mit der Bekämpfung des wirtschaftlichen Judentums, d. h. mit der kapitalistischen Raffgier und Ausbeutung, ernst zu machen, beweist zum anderen Mal ein Zitat aus der Schrift „Nationale Erziehung“ des Nazi-professors Dr. Stark, erschienen 1932 im Parteiverlag Eher in München. Stark erklärt dort:

„Der deutsche Bolschewismus bedroht Geld (!) und Leben der in Deutschland lebenden Juden. Die nationalaktivistischen deutschen Bolschewisten werden keine jüdischen Führer (d. h. Kapitalisten) dulden und ihren Haß gegen die fremdvölkischen Ausbeuter in Angriffen auf Ehre und Habe (!) und Person entladen. Im Blut der deutschen bolschewistischen Revolution werden zuerst die deutschen Juden untergehen. (S. 33) ... Sie sollten froh sein, durch eine nationalsozialistische die Sicherheit ihres Lebens vor der Vernichtung in der bolschewistischen Revolution zu erhalten.“ (S. 37.)

Diese Anbiederung der Nazis an die — kapitalkräftigen — Juden als Schutzgarde auf der einen Seite, und ihre skrupellose Hetze gegen die jüdischen Proleten andererseits ist nur ein Beweis mehr für die hemmungslose Verlogenheit, mit der die Nazis ihre Agitation betreiben. Die betrogenen Nazianhänger werden am 6. November darauf die Quittung geben!

Rundfunk-Programm

- Sonntag, 6. November**
- 6.35: Samsonart: Schenker: Caden vom armen Michel.
 - 8.15: Peter, Wäckerle: aus fünf Jahrhunderten. — Mus.: Männergesangsverein Edelstein e. V.
 - 9.10: Jahn Minuten für den Kleingärtner.
 - 9.30: Schachklub.
 - 11.00: Moritz Graf von Strachwitz — ein frühverhobener Schlichter: Einleitende u. verbindende Worte: Christa Michel. — Musik: Kapellmeister: H. Gausp.
 - 11.30: Vesper: Bach-Kantate: O Gemüht du Donnerwort.
 - 12.15: Vesper: Gungl: Adul-Gedenke er am Gedächtnis.
 - 13.00: Mensura: Mittagskonzert des Stadt. Orchesters.
 - 14.00: Mittagskonzert.
 - 14.10: Jahn Minuten Quartettstunde.
 - 14.20: Dr. Dohrenburr: Katholische für die Betriebsführung des Landwirts im November.
 - 15.00: Vesper im Volkstone Mus.: P. Hoemelers Tenor. Am Flügel: A. Gausp.
 - 15.30: Maria Dohrenburr: Der Sohn tritt ins Semster.
 - 15.55: Abendkonzert: Wie das Volklied entstand Musikalisches Spiel von Herbert Götzer.
 - 16.30: Unterhaltungskonzert der Kapelle.
 - 18.30: P. Krichauer: Die Aneldote.
 - 19.00: Berlin: Bekanntgabe der Wahlergebnisse bis zur Mitteilung des vorläufigen Endergebnisses. — Erörterung des Berliner Konzert-Vereins Leitung: Clemens Schmaltz.
 - 22.00: Berlin: Abendkonzert — anst. Unterhaltungskonzert der Kapelle Gebrüder Steiner.

- 19.30: Wetter für die Landwirtschaft.
 - Anst. Abendkonzert auf Schallplatten.
 - 19.30: Gegebenenfalls der Stunde der Reichsregierung vorbehalten.
 - 20.00: Königsberg: Simon Van Dorraae.
 - 21.00: Abendberichte.
 - 21.10: Liebeslieder-Walzer Leitung: Dr. Mid.
 - 21.50: Kleine Saxophonmusik C. Rau. Am Flügel: F. Markalef.
 - 22.30: Zeit Wetter, Presse, Sport, Programmänderungen.
 - 22.45: Kunsttechnischer Briefkasten.
 - 23.00: A. o. Bauwark: Turnierbericht.
- Dienstag, 8. November**
- 10.10: Schulfunk: Die Ober. der Lebensstrom Schlesiens. Staffelführerbericht.
 - 11.30: Wetter für die Landwirtschaft.
 - Anst. fünfzehn Minuten für die Landwirtschaft.
 - 15.40: Kinderfunk: Semeausgespielt. — Sandförmchen Amerikareise.
 - 16.10: Konzert Mus.: Maria Neugebauer (Sopran), Villa Wamloch (Violoncello), Nora Ballouel (Klavier).
 - 17.10: Unterhaltungskonzert auf Schallplatten.
 - 17.30: Landwirtschaftlicher Preisbericht.
 - Anst. Das Buch des Tages: Alte Bekannte in neuem Gewand.
 - 17.50: Die Gate Erzählung.
 - 18.20: Der Zeitdienst berichtet.
 - 19.00: G. Bobl: Der neue Standort der Rünke.
 - 19.30: Wetter für die Landwirtschaft.
 - Anst. fünfzehn Minuten für die Landwirtschaft.
 - 19.30: Ortsgruppe Breslau 10. 2.
 - 19.30: Gegebenenfalls der Stunde der Reichsregierung vorbehalten.
 - 20.30: Frankfurt a. M.: Sannibal. Tragödie v. Chr. D. Grabbe.
 - 22.00: Zeit Wetter, Presse, Sport, Programm.
 - 22.25: E. Bauman: Aufführungen des Breslauer Schauspiel.
 - 22.40: Hamouta: Epitaph des Rota-Orchesters.

- Montag, 7. November**
- 9.10: Familienkultur: Elektrizität im Haus und Gerät.
 - 10.10: Schulfunk: Die wirtschaftliche Lage ein- und zueinander.
 - 10.40: Das Buch des Tages: 150 Jahre Notstand.
 - 11.35: Walter Mann: Die Tatkraft der Breslauer Volkshilfe.
 - 16.15: Operettenschnitt auf der Kapelle. Mus.: Senta Ebner-Gesalb Sopran.
 - 17.30: Landwirtschaftlicher Preisbericht.
 - 17.40: Dr. Stumpf: Himmelsbeobachtungen im November.
 - 17.55: Dr. Lohmann: Berichte aus dem geistigen Leben.
 - 18.15: Rundwange Minuten Englisch.
 - 18.40: Der Zeitdienst berichtet.
 - 19.00: S. Gausp: Carol — in dieser Zeit?

Vertrauenssache ist der Einkauf von Elektro- und Radioartikeln

Darum geh' zum Fachmann

Fritz Jenner Ingenieurbüro für elektrische Licht-, Kraft- u. Radioanlagen

Reußenhölle 38 und Neue Weltgasse 5 Reparaturwerkstatt

- Mittwoch, 9. November**
- 15.40: Mittelschullehrer Kranz: Freiheit oder Zwang in der Erziehung? — Lehrer Seimbalt: Wie Kinder im ersten Schuljahr sprechen.
 - 16.15: Zur Unterhaltung. Leitung: F. Kuhnert.
 - 16.45: Das Buch des Tages: Oberlehrliche Bücher.
 - 17.00: R. A. Urban: Wie der Jodel im Foniogramm vorlesen oina.
 - 17.20: Landwirtschaftlicher Preisbericht.
 - Anst. Bergarbeiter Dipl.-Ing. Siegmund: Von den Zupfenfeuern bis zum ersten Kohlschöfen.
 - 17.40: Zwanzigjährige bearb. von Dr. Seidler-Winkler. Ausf.: S. Laqua Bariton. Ilse König (Sopran). Am Flügel: F. Rau.
 - 18.10: G. Groeger: Wildschaden.
 - 18.30: Dr. Dalkau: Bekämpfung angeborener Krankheiten.
 - 18.50: Heitere Abendmusik.
 - 19.30: Wetter für die Landwirtschaft.
 - 19.30: Gegebenenfalls der Stunde der Reichsregierung vorbehalten.
 - 20.30: Hans Wagner: Direkt eigene Werke. Ausf.: Schließliche Philharmonie. Greta Derpich (Sopran).
 - ca. 21.20: Abendberichte.
 - 22.20: Zeit Wetter, Presse, Sport, Programmänderungen.
 - 22.40: Kunsttechnischer Briefkasten.
 - 22.50: Wien: Abendunterhaltung der Kapelle Ludwig Vaur.
- Donnerstag, 10. November**
- 9.00: Schulfunk: Consouci Hörbericht.
 - 11.30: Wetter für die Landwirtschaft.
 - Anst. fünfzehn Minuten für die Landwirtschaft.
 - 15.40: E. Kröblich: Baxtes Allerlei zum November-Weekende.

„Noch billiger“ ist die Parole!

Alle Zubehörteile für Bastler und Rundfunkhörer, vom Bananenstecker bis zum besten Apparat zu außergewöhnlich niedrigen Preisen

Bar.-Anod., 100 Volt nur Mk. 3.80! Akku, efstkl. Fabr., Glimm.-Dreko, 35 ch nur 3.85

Erstkl. 4 pol. Lautspr.-System 3.10! Dreko, Messing, auswechselbar. Achse Mk. 1.75

RADIO QUELLE **AZ** **Nur Breslau Reuschenstraße 8**

- 15.50: Das Buch des Tages: Kallentunde.
- 16.10: Vesper. Uaa Gorecki-Swoboda (Sopran). Am Flügel: R. Mallo.
- 16.40: Vokal-Konzert auf Schallplatten.
- 17.00: Kinderfunk: Allerlei für den Gabentisch.
- 17.25: Landwirtschaftlicher Preisbericht.
- 17.30: Sonate (small op 57 „Appassionata“) von Beethoven. Ge spielt und erläutert von Carl Graf Wüdic.
- 18.00: S. Dahl: Schiller im Goethejahr.
- 18.20: Der Zeitdienst berichtet.
- 18.35: A. Swollin: Gemertschäftliche Zeitbetrachtungen.
- 19.00: Dr. Braun: Kunit und Heiligung.
- 19.25: Wetter für die Landwirtschaft.
- 19.30: Leipzig: Militärspektakel des Trompeterkorps des Reiter-Regts. Nr. 18 (Erst).
- 19.30: Gegebenenfalls der Stunde der Reichsregierung vorbehalten.
- 20.30: Fahrt ins Blaue?
- 21.30: Abendberichte.
- 21.40: Zum Lang Witw.: M. Kuffner (Tenor). Kapelle.
- 22.30: Zeit Wetter, Presse, Sport, Programmänderungen.
- 22.45: Jahn Minuten Esperanto.
- 23.00: M. Selt: Allerlei Martinsbräuche in deutschen Landen

- Freitag, 11. November**
- 8.30: Dr. Eva Schmidt: Kinderpiele in alter Zeit.
 - 10.10: Schulfunk: Die Lichtbildfunk in der Schule.
 - 15.40: Jugendfunk: Jugend spricht zur Jugend in Büchern.
 - 16.10: Unterhaltungskonzert der Kapelle.
 - 17.30: Landwirtschaftlicher Preisbericht.
 - Anst. P. Wellheim: Gegenwartsfragen der Kunst.
 - 18.00: Prof. von Berner Rothe.
 - 18.30: Der Zeitdienst berichtet.
 - 19.00: Abendmusik der Kapelle. Leitung: F. Markalef.
 - 19.30: Wetter für die Landwirtschaft.
 - 19.30: Gegebenenfalls der Stunde der Reichsregierung vorbehalten.
 - 20.30: A. Wila: Zeitgeist des Romans.
 - 20.30: Glas und Glas ... Heiteres Hörspiel v. S. Reimann u. S. Manuel.
 - 21.30: Leipzig: Biolinstrumente Witw.: Prof. Rießmann. Leipziger Sinfonieorchester.
 - 22.00: Zeit Wetter, Presse, Sport, Programm.
 - 22.30: Washington: A. G. Zell: Worüber man in Amerika spricht?
 - 22.50: Nachtmusik auf Schallplatten.
 - 23.40: Schallplattenbericht vom Vortag Tages — Sabotte.

- Sonabend, 12. November**
- 15.40: Die Filme der Woche.
 - 16.00: Neue Wirtschaftsverordnungen im Blickfeld des Arbeitgebers. Zmegelebrück.
 - 16.30: Berlin: Unterhaltungskonzert des Hofkapellmeisters.
 - 18.00: Das Buch des Tages: Schreibende Frauen.
 - 18.15: Dr. Elisabeth Feyer: Rückblick auf die Vorträge der Woche.
 - 18.40: Der Zeitdienst berichtet.
 - 19.15: Abendmusik auf Schallplatten.
 - 19.30: Wetter für die Landwirtschaft.
 - 19.30: Gegebenenfalls der Stunde der Reichsregierung vorbehalten.
 - 20.00: Zur Unterhaltung.
 - 22.00: Zeit Wetter, Presse, Sport, Programm.
 - 22.30: Berlin: Langmusik der Kapelle Oscar Jooft.
 - Einlage: Hörbericht vom Sechstagerrennen im Berliner Sport-

Jovan Tin

die Welt mit Wanda!

Mende 152 3-Röhren-Barriere-Empfänger, arbeitet mit 1 Krautaudion und bringt guten Fernempfang **o. R. 61.-**

Mende 120 das ideale Schirmgitter-Netzgerät v. besond. Leistungsfähigkeit m. geeichter Leuchtskala **m. R. 127.-**

Mende 138 Zweikreis-Vieröhren-Empfänger mit neuester Propellerskala. Absolute Trennschärfe und Empfang aller europäischen Sender im Lautsprecher **o. R. 138.-**

Fordern Sie Preisliste oder kostenlose Vorführung!

Fachmännische Beratung! Teilzahlung gestattet!

Billige Anoden: 60 Volt **3.60** 90 Volt **5.45** 100 Volt **5.95**

Taschenlampen-Vertrieb GmbH.

Breslau 1, Schmiedebücke 42, Ecke Ursulinerstr.

Telefon 29035

Für die Familie und die Zukunft deiner Kinder wähle Liste 3

Steigende Erwerbslosigkeit, Unterernährung, Krankheit und Massensterben der Werkfälligen im Kapitalismus — Aufstieg nur im Sozialismus

Breslau, den 5. November 1932.

Breslau. Die internationale Wirtschaftskrise, der Niedergang des Kapitalismus bringen ungeheure Not, Verzweiflung und Elend über die werktätigen Massen. Vor die werttätige Bevölkerung stellt sich immer zwingender die Frage: „Untergang in der Barbarei oder Kampf für die Überwindung des Kapitalismus und Errichtung einer Arbeiter- und Bauern-Republik“ und damit zugleich die Freimachung des Weges für die sozialistische Gesellschaftsordnung.

Wenn wir uns selbst die unterstützten Erwerbslosen betrachten, wissen wir, daß durch Notverordnungen und sonstige Erlasse der letzten Jahre die Unterstützungssätze so weit gekürzt wurden, daß ihre Unterstützung bei weitem nicht zur Bestreitung der lebensnotwendigsten Ausgaben reicht.

Hunger und Not für die Erwerbslosen

Ein Arbeiter, der bereits seit Mai 1931 in Breslau wohnt, erhielt einen Unterstützungssatz von 28 Mark monatlich. Im Februar d. J. verheiratete er sich. Die Familie besteht nun aus vier Personen, darunter zwei Kindern im Alter von zweieinhalb und dreiviertel Jahren.

Eine vierköpfige Familie soll also in Breslau von 10,55 Mark die Woche existieren. Von dieser Unterstützung sollen im Monat 19 Mark Miete gezahlt werden. Zur Bestreitung der nackten Lebensunterhaltung werden mindestens zwei Vierpundbrote, 2 1/2 Pfund Margarine zu 85 Pfennig, täglich 1 Liter Milch, wöchentlich 30 Pf. Kartoffeln, 2 Pf. Fleisch, einen halben Zentner Kohle, sowie Petroleum und andere zwingende Ausgaben gebraucht.

Obwohl die Lebenshaltung undenkbar noch tiefer gestellt werden kann, reicht die Unterstützung nicht einmal zur Bestreitung dieser Ausgaben aus. Von diesen „Unterstützten“, dem Hungertode preisgegebenen Wohlfahrtsarbeiter, haben wir in Breslau an die 50 000 zu verzeichnen. Es entfallen somit auf je 1000 Einwohner etwa 80 Wohlfahrtsarbeiter.

Aber niemand könnte die Behauptung aufstellen, daß nur in einer Großstadt, wie Breslau, eine solche ungeheure Not zu verzeichnen wäre. Aus der Weberstadt Langenbielau wird gemeldet, daß dort sogar auf je 1000 Einwohner 91 Wohlfahrtsempfänger entfallen. Hieraus ist ersichtlich, daß sogar das flache Land sich in denselben katastrophalen Verhältnissen befindet.

Ganze Industriezweige liegen vollkommen brach, darunter besonders das Baugewerbe. Die Bauwirtschaft ist auch in Breslau ungeheuer zurückgegangen. Der reine Zugang an Wohnungen in Breslau betrug im Jahre 1931 7681, gegenüber 16 389 im Jahre 1929. Allein vom Jahre 1930 zu 31 wurden 4000 Wohnungen weniger in Breslau gebaut.

Zum Hunger — Krankheit und Tod

Durch die ungeheure Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, durch die Senkung der Löhne und Unterstützungen infolge Notverordnungen und der Offensive der Kapitalgewaltigen, ist zugleich mit der Senkung der Einnahmen der Werkfälligen die Zunahme der Krankheiten zu verzeichnen, als eine Folge der Unterernährung.

Die Zunahme der gemeingefährlichen Krankheiten in Breslau liegt auf je 10 000 Einwohner von 26,6 im Jahre 1924 auf 42,7 im Jahre 1931. Das ist eine Zunahme um fast 100 Prozent.

Die Tuberkulose rafft hunderttausende von Proletariern in Schlesien dahin. Im Hungergebiet des Eulengebirges haben allein in der Stadt Langenbielau, die etwa 19 000 Einwohner zählt, 1063 Personen die ärztlichen Sprechstunden der Lungensfürsorge aufgesucht, davon waren 164 erstmalige Untersuchungen. Krankenbesuche bei lungentranken Personen, mußten allein in dieser Stadt in 3500 Fällen in 585 Familien getätigt werden.

Allein in Breslau wurden im Jahre 1931, 157 277 Pfänder bei dem „Gemeinnützigen Pfandleihhaus“ (also einem einzigen Institut) eingeliefert.

Wenn wir die Zahl von 1913 mit 23 500 Pfändern als Grundlage nehmen, finden wir hier eine Steigerung von weit über 600 Prozent.

Das Jahr 1932 weist noch eine katastrophale Zunahme der eingelieferten Pfänder auf. Allein im ersten Halbjahr wurden 100 400 Pfänder eingeliefert. Ein neuer Beweis für den Zusammenbruch des gesamten Mittelstandes und dem zusammenbrechenden Kapitalismus.

Rettung bringt nur der Sozialismus

Jeder Werttätige muß erkennen, daß in dieser kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung es keinen Aufstieg mehr geben kann. Der Kapitalismus kann sich nur noch durch brutale Unterdrückung und Ausbeutung am Leben erhalten.

Der Arbeiter, der sich und seine Familie erhalten will, der um die Zukunft seiner Kinder wirklich besorgt ist, kann nicht für die Erhaltung dieses fluchbeladenen Kapitalismus eintreten, sondern der muß sich für seine schnellste Beseitigung entschließen.

Kollegen Straßenbahner, her zu uns!

(Betriebskorrespondenz)

Der brutale Angriff, den die Raben-Regierung gegenwärtig gegen das Proletariat durchführt, die Notwendigkeit, sich gegen Lohnabbau, die Beseitigung der sozialen Einrichtungen und die politische Unterdrückung zur Wehr zu setzen, diese Entwicklung stellt alle politisch denkenden Arbeiter vor die Frage der proletarischen Einheitsfront.

Kollegen, nehmt euren Lohn- und Gehaltsstreifen vom 1. Juli 1931 zur Hand und vergleicht denselben mit dem vom

Sammelt auch am Wahltag für den Kampffonds der KPD.

1. Oktober 1932, und ihr werdet selbst urteilen können, welch brutaler Lohnraub an euch vorgenommen wurde. Es sind 38 bis 40 Prozent Lohnabzug, den man vorgenommen hat.

Kollegen, erkennt endlich, daß nur die kommunistische Partei die revolutionäre Partei des Proletariats ist, daß nur unter ihrer Führung die Arbeiterklasse gegen den Hauptfeind Kapitalismus kämpfen wird.

Darum jede Stimme am 6. November der Liste 3, Kommunisten!

Faschistischer Wahlschwindel gegen die Arbeiterklasse

Durch die bürgerliche Presse, vor allen Dingen durch die Nazipresse, geht ein Bericht, wonach in der Jahrhunderthalle bei der letzten NSDAP-Verammlung 60 bis 100 Kommunisten zu den Nazis übergetreten wären. Wir betonen, daß in dieser Versammlung kein einziger Kommunist übergetreten ist, daß dies weiter nichts als ein grobkalkulierter Wahlschwindel ist.

schon bereits Hunderttausende aus der Schule entlassene Kinder ins Meer der Erwerbslosen. Andere Eltern geben ihre Kinder in die Lehre in der Hoffnung, daß sich in der Zwischenzeit die Lage „bessern“ wird.

Aber im Sozialismus. Dort wird Arbeit für alle sein. Die heute durch die planklose Profitwirtschaft aus dem Produktionsprozeß herausgerationalisierten Abermillionen handfessenden Hände werden Arbeit und Brot finden; dabei werden sie nicht mehr für eine kleine Schicht von Menschen schuften, unter menschenunwürdigen Bedingungen, sondern für sich selbst, in einem freien Land, unter freien Menschen.

Diese Zukunft muß jeder Werttätige für seine Kinder erkämpfen helfen. Sein Vater darf sich nicht für seinen Kindern den Vorwurf machen lassen, sich mitschuldig gemacht zu haben, daß eine bankrotte, faulende Gesellschaftsordnung ihnen die Lebensmöglichkeit nahm.

Der Kapitalismus muß untergehen, wenn die arbeitende Klasse leben will, und die Klasse der Werttätigen muß leben, darum ist es heiligste Pflicht aller Unterdrückten, den Volksweg der Arbeiterklasse anzugehen zu helfen.

Kontrolle leichter möglich ist, können sie mit diesem Dreh nicht kommen. Ueberall wenden sich die Proletarier von der Wörberggarde ab; darum greifen sie zu den erbärmlichsten Mitteln, um durch solche Methoden sich noch zu halten.

Altsängerkollegen! Laßt eure rote Fahne nicht so beschmutzen, laßt sie gegen die Lügen am 6. November recht zahlreich wehen, laßt die Schmalmeien gegen diese Lügen ertönen.

Die Zukunft und der Sieg ist bei den Kommunisten, bei der Revolution, bei dem Sozialismus! Darum erbt recht am 6. November die Liste 3!

Hungerlohn und Hekttempo in der Zuckfabrik Rosenthal!

In der Zuckfabrik Rosenthal übt die Naziverwaltung sich schon in die Methoden des „Dritten Reiches“ ein. Für den miserablen Lohn verlangt der Direktor von seinen Arbeitern, daß sie im Schnellgtempo arbeiten.

Auch ist es an der Zeit, daß sich die Arbeiter den SPD-Betriebsrat etwas unter die Lupe nehmen. War da vor kurzem eine Besichtigung des Betriebes durch den Gewerberat. Schnell mußte vorher alles gecheuert und gepunkt werden.

Arbeiter der Zuckfabrik Rosenthal! Besinnt euch auf eure Kraft! Schließt euch der NSD. an, die als einzige eure Interessen vertritt! Kämpft für einen menschenwürdigen Lohn und gegen die ungeheure Unterbezahlung.

Hundelöcher als Arbeiterwohnungen

Zweibrot. In dem kleinen Dorf Zweibrot bei Breslau herrschen furchtbare Zustände in der Wohnungswirtschaft. Während schöne Wohnungen leer stehen, müssen Arbeiter in Wohnungen hausen, die man nicht gern einem Stuid Vieh zur Verfügung stellen würde.

SPD. in Kleitendorf überläßt den Nazis die Turnhalle

Kleitendorf. In unserem Ort, wo die SPD. noch immer die Mehrheit in der Gemeindevertretung besitzt, passiert allerdings. Am Sonnabend vor acht Tagen schrieb die „Volkswacht“ noch, daß die SS. und SA. in die Gemeinde Turnhalle wollen.

Arbeiter von Kleitendorf, laßt euch von dieser Sorte „Arbeitervertreter“ nichts mehr erzählen. Diese Herrschaften sind ja zu feige, überhaupt einmal eine öffentliche Versammlung einzuberufen, da sie Angst haben, daß ihnen einmal die Wahrheit ins Gesicht geschleudert wird.

Ein Arbeiter schreibt:

Auch du

mußt eine entschlossene und rege Werbe- und Organisationsarbeit für die kommunistische Einheitsfront betreiben, in der Stadt oder auf dem Lande. Gegenseitige Aufklärung über die Vorteile einer Einheitsfront, für das gesamte deutsche Proletariat, Kleinbauern und Bauern, auf kommunistischer Grundlage, ist Pflicht eines jeden.

Der sozialdemokratische Arbeiter, alle Mitglieder der Eisernen Front haben seit den letzten Reichstagswahlen am 31. Juli mehr als einmal erleben müssen, daß weder die Führung der SPD. noch die der „freien“ Gewerkschaften die Interessen der Arbeiterschaft vertreten hat. Zu dem Kniefall vor der faschistischen Diktatur am 20. Juli kommt der Verrat der Gewerkschaftsbürokratie an einigen Tausend gegen den Vohrraub durch die Papen-Verordnung freitenden Arbeiter. Die Gewerkschaftsbürokratie ist eng mit der SPD-Führung verbunden. Die Stellung des Zentralorgans der SPD, des „Vorwärts“, zu dem in Berlin mit Macht eingeleiteten Streik der Verkehrsarbeiter zeigt, daß die SPD. und Gewerkschaftsbürokratie alles daran setzt, um, wie Tarnow, der Vorsitzende vom Scharbeiterverband, sagte, „dem Papen-Programm eine Chance zur Verwirklichung“ zu geben. Die kapitalistischen Herrscher können heute nur deshalb noch die Vereitelung der Vertätigten steigern und ihr Geschehen weiterführen, weil die Bürokratie der Gewerkschaften und SPD. ihren Einfluß unter der Arbeiterschaft dazu benützt, um die gemeinsame Kampffront aller Hungernden zu verhindern.

Im täglichen Kampf um das Dasein macht der sozialdemokratische Arbeiter und Gewerkschaftler diese Erfahrungen. Die gemachten Erfahrungen aber verlangen eine Schlüsseländerung. Alle werden von dem Lohn- und Unterdrückungsraub, von den neuen Steuerlasten getroffen. Die Not und der Hunger ist ein gemeinsamer, darum muß auch gemeinsam gekämpft werden. Die Zahl der SPD.-Arbeiter, Gewerkschaftler und Reichsbannerkameraden, die erkennen, daß es so nicht mehr weitergehen kann, daß gemeinsam gekämpft und daß dieser Kampf, soll er siegreich sein, durch die kommunistische Partei und revolutionäre Gewerkschaftsopposition geführt werden muß, wird immer größer. Dafür einige Beispiele:

Reichsbannerkameraden stoßen zur roten Front

Reudorf am Größberg. Das Reichsbanner in Reudorf ist so gut wie aufgelöst. Die gesamte Schutzformation ist samt dem Führer und technischen Leiter aus dem Reichsbanner ausgetreten.

SPD.-Vertreter wählen Nazi-Gemeindevorsteher

So wie im Kleinen verhilft die SPD. auch im Großen den Faschisten an die Macht

Bogelsdorf, Kr. Landeshut. Die letzte Sitzung der Gemeindevorstandes beschloß sich mit der Neuwahl eines Gemeindevorsteher. Der alte Vorsteher hatte abgedankt, weil die Wohlfahrtsunterstützungen für den unverschämten Unterdrückungsraub nicht gefallen ließen. Die kommunistischen Gemeindevorsteher lezten dem Nazilandkandidaten einen Arbeitervorstand gegenüber. In einer Anstache mit den SPD.-Kommunisten erklärten diese sich bereit, für den Arbeiterkandidaten zu stimmen. Doch in der Sitzung der Gemeindevorsteher hatten sie sich anders entschieden.

Geschlossen stimmten die SPD.-Vertreter mit den Bürgerlichen für den Nazilandkandidaten.

So verhilft die SPD. kräftlich den Nazis zu Macht. Wie im Kleinen verhilft sie das auch im Großen. Nur auf Grund der Politik der kapitalistischen Mächtigsten und durch die Isolierung des Arbeiterstandes durch die SPD. war der faschistische Umsturz in Preußen und die Stärkung der Faschisten möglich. Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen daraus die Lehre ziehen und erkennen, daß der einzige Ausweg aus dem Elend nur ohne und gegen die SPD. zu finden ist. Der einzige Ausweg ist der gemeinsame Kampf aller Arbeiter, so wie es die kommunistische Partei unter der Führung des Proleten immer wieder aufzeigt.

SPD.-Hausbesitzer will Hungernde Ermitteln lassen

Wernersdorf. In der SPD. gibt es eine kleine Schicht, die auf Grund ihrer besseren sozialen Stellung, die sie zu erhalten versucht, in Wohlstand prahlt, die sonst nur von Reichthümern gehandhabt werden. Sie kennen bereits die Röntgen, Grzesinski, Seewing und Noake, die Vorbildliches im Interesse der kapitalistischen Herrscher leisten. Wir kennen aber noch nicht alle den Unterdrückungsraub der SPD. A. Simon, in Wernersdorf, der zugleich Hausbesitzer ist. Dieser laubere Herr verlangt von seinen Mietern, daß sie für Wasser auf dem 200 Meter weit entfernten Domirium zahlen sollen. Als einer Reichthümer Schikane hat dieser Sozialist sich einem seiner Mieter einen Mietvertrag zugestellt, wie er im

Der Drittgruppenführer ist Schuhmacher und fühlt sich als „starke“ SPD.-Mann. Er diktiert nur, läßt sich selbst aber nie blicken. Das gab für die Auseinandersetzungen innerhalb des Reichsbanners den Anstoß.

Jetzt haben die Reudorfer Reichsbannerkameraden eingesehen, daß sie von der SPD. schon immer hinteres Licht geführt wurden.

Auch die Phrasen können darüber keinen Reichsbannerarbeiter mehr hinwegtäuschen.

Der Einfluß der SPD. geht hier in der ganzen Umgebung zurück. Das Reichsbanner in Ubersdorf zählte einmal 40 Mann. Heute sind noch ganze 7 Mann übrig. Die anderen sind alle zur kommunistischen Partei oder zur revolutionären Gewerkschaftsopposition übergetreten. Das zeigt am besten, wie die Stimmung unter den sozialdemokratischen Arbeitern ist.

Mitglieder der „Eisernen Front“ lehnen Wahlpropaganda für die SPD. ab

Quitz im Riesengebirge. Als hier einige Angehörige der Eisernen Front aufgefordert wurden, Wahlflugblätter für die SPD. zu verteilen, lehnten diese das ab und erklärten, daß sie doch nicht Mitglieder der SPD. sind. Die Sprechende, welche die SPD. in Quitz wöchentlich durchführt, sind immer überfüllt. In der Hauptsache sind Mitglieder der SPD., der Eisernen Front und parteilose Arbeiter anwesend. Von diesen wurde der Wunsch geäußert, die Sprechende auch im Winter weiterzuführen. Die unseren Sprechenden besuchenden SPD.-Genossen haben erkannt, daß der Einfluß der SPD.-Führer befristigt und die Einheitsfront aller Hungernden hergestellt werden muß. Nur der gemeinsame Kampf auf revolutionärer Grundlage ist ein Ausweg aus der kapitalistischen Barbarei, und nur so kann der Sozialismus siegen. In einer Erwerbslosenversammlung mußte selbst der SPD.-Gemeindevorsteher erklären, daß das, was die Kommunisten sagen, richtig ist. An dieser Stelle erklären wir, daß natürlich mit Worten nichts getan ist! Es kommt auf die Taten an.

folcher Schäden von den Mietern gefordert, die infolge Sturm, Hagel, Schlag usw. vorkommen.

Mit solchen Leuten, die wir mit Recht Sozialfaschisten nennen, da sie im Kleinen ein Stück des faschistischen Programms der Nazi versuchen durchzuführen, kann kein ehrlicher Arbeiter zusammen in einer Partei sein. SPD.-Arbeiter und Arbeiterinnen, macht Schluß mit diesen faschistischen Politikern, die wie Simon selbst nicht davor zurückschrecken, Hungernde zwangsweise auf die Straße zu setzen.

SPD.-„Sozialismus“ in Freitalbau

Freitalbau. Mitte des vorigen Jahres wurde der Ortsauschuß des NSD. in Freitalbau zu einer Sitzung einberufen. Nicht etwa förmliche Delegierte, sondern nur bestimmte Funktionäre. Alles war nun gespannt, was für eine Tagesordnung sei. Vor dieser Sitzung wurde erst ein Essen veranstaltet, wobei man Speisen und Getränken gut zusprach. Der Vorsitzende Dr. Sudauf machte dann den Delegierten Mitteilung, daß einige führende Genossen gemahregelt worden seien, für diese gelte es nun Arbeit zu beschaffen. Sudauf stellte nun den elf anwesenden Delegierten anheim, die Bürgerschaft zu beschließen. Es müsse unter allen Umständen für die Gemahregelten gesorgt werden. Nun besteht in Freitalbau eine soziale Fürsorge für Gewerkschaftsmitglieder, eine sogenannte Sterbeunterstützungskasse, wo jedes Mitglied 30 bis 50 Pfennig pro Monat zahlt. Als ein Delegierter wissen wollte, wem Geld geliehen werden sollte, erklärte der Vorsitzende Sudauf diktatorisch, das brauche niemand zu wissen. In etlichen Tagen würde man schon sehen, wo die gemahregelten Genossen eingeteilt sind. Sie hätten nur die Bürgerschaft zu beschließen.

Es wurden nun 2000 Reichsmark von der Sterbeunterstützungskasse abgehoben und einem Pächter einer Töpferei übergeben. Unter der Bedingung, die gemahregelten Genossen einzustellen, was dieser auch tat.

Im Laufe der Zeit wurden noch mehr angefordert, so stieg die Summe bis auf 3000 Mark, wo 200 Mark Provision für Sudauf dabei sind. Weiter wurden wieder 1500 Mark an eine Firma geliehen, so daß in der Sterbekasse nur noch ein kleiner Betrag vorhanden ist.

Somit sind die Mitglieder in kurzer 4600 Mark losgeworden. So sieht der „Sozialismus“ der Freitalbauer SPD. aus. SPD.-Proleten, kämpft gemeinsam mit uns Kommunisten! Wählt Liste 3!

Auch die SPD.-Arbeiter wählen Liste 3

Am 6. November sollen die SPD.-Arbeiter wieder einmal ihre Stimme der sozialdemokratischen Bürokratie geben. Wie oft haben sie das getan. 14 Jahre deutsche Republik zeigen, daß sie von Jahr zu Jahr betrogen wurden. Das kapitalistische Profitssystem kann nicht durch Wahlen, auch nicht durch Volksabgeordneten beseitigt werden. Das ist nur möglich, indem die Arbeiterklasse sich die Macht nimmt. Der 6. November muß den Papen-Schleicher eine einseitige, gewaltige Demonstration seitens aller Hungernden zeigen, vor der sie zittern werden. Das kann nur durch die Stimmabgabe für die Kommunisten, für die Liste 3, geschehen. Darum geht auch jeder sozialdemokratische Arbeiter und Gewerkschaftler zur Wahl und gibt seine Stimme den Kommunisten, die im Sinne Marx' und Lenins kämpfen und die einzigen Todfeinde des Kapitalismus sind.

Teilsieg des Schulstreits in Beuthen a. O.

Die Erwerbslosen weiter im Mieterstreik gegen Kürzung der Wohlfahrtsunterstützung Die Streikenden rufen alle: Wählt Kommunisten, Liste 3!

Beuthen a. d. Ober. Die Erwerbslosen haben den Schulstreik gegen den Unterdrückungsraub, an dem sich 50 Kinder beteiligten, mit einem Teilsieg abgeschlossen. Den kinderreichen Wohlfahrtsunterstützungslosen wurde eine erhöhte Unterstützung ausgezahlt. Die Kinder der Erwerbslosen erhalten täglich Milch. Der Kreisrat, der mit dem Erwerbslosenausschuß verhandelte, hat ferner zugesichert, daß jedes Kind zu der Milch ein Brötchen erhält und daß keinerlei Bestrafungen erfolgen. Die Erwerbslosen beschloßen, den Mieterstreik gegen den Unterdrückungsraub weiterzuführen. Der Teilsieg des Schulstreiks hat gezeigt, daß da, wo gemeinsame Aktionen durchgeführt werden, auch Erfolge sind. Alle Erwerbslosen werden sich an der Aktion in Beuthen ein Beispiel nehmen. Die an dem Mieter- und Schulstreik beteiligten Arbeiter und Frauen werden reiflos Liste 3 wählen, weil sie erkannt haben, daß nur die von den Kommunisten geführte Einheitsaktion zum Siege führt.

liche Entlohnung fordern. Durch gemeinsamen Kampf wird es möglich sein, diese Forderung auch durchzusetzen. Niemand kann vom auch Erwerbslosen verlangen, daß ihr zu diesem Hungerlohn schuftet, der nicht ausreicht, euren Hunger und den eurer Frauen und Kinder zu stillen. Der Kampf um Tariflöhne ist ein Kampf um euer Leben, um das Leben eurer Frauen und Kinder. Kämpft in der Einheitsaktion unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition und kommunistischen Partei. Wählt am 6. November Kommunisten, Liste 3.

Auch die Arbeits- und Kriegsoffer für Liste 3

Engen. Die am 1. November stattgefundenen öffentliche Versammlung des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit war bei gutem Besuch ein voller Erfolg. Der Gauleiter und Auflagendelegierte Gen. Heiden (Dreslau) sprach über das Thema: „Rentenraub und Reichstagswahl.“

Ausgehend von der Tatsache der kapitalistischen Krise und ihren Ursachen zeigt Gen. Heiden die ungeheure Gefahr eines neuen Völkermordes auf. Gerade er als Delegierter des Amsterdamer Antikriegs-Kongresses konnte mit gutem Material aufwarten und jedem die Notwendigkeit der Eintritte in die revolutionäre Front demonstrieren. Mit der Politik des kleineren Übels räumte S. gründlich auf. Während die sozialdemokratische Hermann-Müller-Regierung an den Vertätigten einen 400-500-Millionenraub durchführte, machte die Brüning-Regierung einen solchen von zwei Milliarden. Papen setzt diesen Raubzug fort und raubt den Invaliden und Rentnern 8 bis 11 Mark auf einmal. Das ist das Ergebnis dieser Politik. Nachdem Gen. Heiden die muster-gültige Verforgung aller Arbeiterinvaliden in der Sowjetunion aufgezeigt, behandelte er den Verrat aller übrigen Organisationen der Rentner und Kriegsoffer sowie der Parteien und rief jeden auf, am 6. November nur der Liste 3, der SPD., ihre Stimme zu geben, weil nur sie allein die Forderungen der Invaliden im Parlament rücksichtslos vertritt und für die Befreiung des Kapitalismus kämpft. Großer Beifall lehnte seine mit Ruhe und Sachlichkeit geführten Ausführungen. Auch das letzte Kriegs- und Arbeitsopfer muß Mitglied des Internationalen Bundes werden.

Familien-Väter zur Zwangsarbeit kommandiert

Stöben a. d. Ober. Am 26. Oktober hielt ein Vertreter des Arbeitsamts aus Steinau vor den Erwerbslosen, die gekommen waren, um ihre Unterstützung zu holen, eine Rede. Er forderte die verheirateten Erwerbslosen auf, sich freiwillig nach Steinau zur Bartjägerregulierung zu melden. Für das Schloßen würden 10 Pfennig und für Kaffee 60 Pfennig pro Tag abgezogen. Zu dieser Arbeit bei der Hungerunterstützung meldete sich niemand. Da wurde aus der freiwilligen Arbeit Zwangsarbeit.

Eine Abteilung Erwerbslose bekam am nächsten Tag die Aufforderung, sich in dem Arbeitslager zu melden, andernfalls läßt die Unterstützung für acht Wochen gesperrt werden. Als Stundenlohn sollten 13 Pfennig gezahlt werden. Etwas 20 Erwerbslose fuhren darauf mit dem Erwerbslosenausschuß nach Steinau. Der Direktor Hahn vom Arbeitsamt lehnte es ab, mit dem Erwerbslosenausschuß zu verhandeln. Er verlangt, daß die Erwerbslosen die Arbeit leisten.

In dem Arbeitslager müssen die Arbeiter in Baracken hausen. So werden die Erwerbslosen, die gerne arbeiten, aber nur zu Tariflöhnen, gezwungen, sich in die Arbeitsdienstarmee einzureihen. Die Erwerbslosen müssen in dem Lager sofort Stellung nehmen und tarif-

DIE SOWJET UNION
Die reich illustrierte Zeitung, anlässlich des
15. JAHRESTAGES
DER OKTOBER
REVOLUTION
muss von jedem Werktätigen gelesen werden
Lest und verbreitet diese Zeitung
12 SEITEN STARK **10 Pfg.**

Wahlmüdigkeit hilft dem Faschismus!

Rüttelt die Zweifelnden und Enttäuschten auf. Diskutiert unermüdet und geduldig mit dem SPD.- und Nazi-Arbeiter. Gebt ihnen unser Aufklärungsmaterial. Keine Agitation ohne unsere Wahlbroschüren.

Alles für die Liste 3

„Es lebe die Oktoberrevolution!“



Im Jahre 1931, Bauern im Demonstrationzuge auf dem Moskauer „Roten Platz“ anlässlich der Feier des 14jährigen Bestehens der Sowjetmacht

Vor dem 15. Jahrestag der Oktoberrevolution

Der Aufstieg der Arbeiter in der Sowjetunion

Der Sieg des sozialistischen Aufbaus ist das Fundament der grundlegenden Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen

„Wir sind in die Periode des Sozialismus eingetreten, wir haben den Aufbau des Fundaments der sozialistischen Volkswirtschaft vollendet und haben auf dem sozialistischen Entwicklungsweg festen Fuß gefasst. Durch diese lebendige Erfahrung unserer großen Länder die Vorzüge des sozialistischen Wirtschaftssystems vor dem kapitalistischen.“ (Genosse Manuilski in seinem Bericht auf dem 12. Plenum des ZK der KPdSU.)

Gewaltig und riesengroß sind die Erfolge des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion. Während die ganze kapitalistische Welt sich in den Fängen der Krise windet, hat die befreite Arbeiterklasse auf einem Sechstel der Erde ein rüständiges, mit dem Erbe des fluchbeladenen zaristischen Systems belastetes Riesensland in ein Land des ökonomischen Fortschritts, des unaufhaltsamen materiellen und kulturellen Aufstiegs verwandelt. Der 15. Jahrestag der Oktoberrevolution zeigt die Sowjetunion in grandiosen sozialistischen Wachstum, während in der kapitalistischen Welt die Wirtschaftskatastrophe ihren Fortgang nimmt.

Parallel mit dem sozialistischen Aufbau vollzieht sich in der UdSSR der materielle und kulturelle Aufstieg der Arbeiter, während in den kapitalistischen Ländern die Lage der Arbeiterklasse immer furchtbarer, immer unerträglicher wird.

Im Jahre 1930 wurde die Arbeitslosigkeit überwunden, und ein fühlbarer Mangel an Fachkräften machte sich bemerkbar. Jetzt ist auch dieser Mangel — eine der Hauptursachen der Wachstumsschwierigkeiten des sozialistischen Aufbaus — bedeutend eingeschränkt. In zwei Jahren intensiver Arbeit wurden aus der Arbeitererschaft

Tausende und aber Tausende der besten technischen Kräfte, der besten Techniker, Fabrikleiter, Lehrkräfte und anderer hochqualifizierter Arbeiter herausgeholt.

Während in den kapitalistischen Ländern die Beschäftigtenzahl immer mehr zurückgeht, die Lasten der Krise reißlos auf die Schultern der Werktätigen abgewälzt werden, ist in der Sowjetunion ein dauernder Aufstieg der Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiter zu verzeichnen. Der neueste Monatsbericht des Instituts für Volkswirtschaft zeigt dem auch, daß, während selbst nach den Angaben der bürgerlichen Statistischen Ämter in den kapitalistischen Ländern die Zahl der Beschäftigten immer mehr zurückgeht.

Zahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten

	Sowjetunion Arbeiter und Angestellte	Deutschland nach den Frankenlassenber.	England nach der Zahl d. Versicherten
1925	8 506 000	19 030 000	9 609 000
1926	10 161 000	17 650 000	9 050 000
1927	10 911 000	19 260 000	10 003 000
1928	11 552 000	19 950 000	10 007 000
1929	12 394 000	17 780 000	10 207 000
1930	14 162 000	18 670 000	9 785 000
1931	18 108 000	16 930 000	9 409 000
1932	21 000 000	15 290 000*	—

* Dezember 1931.

Genau dieselbe Entwicklung zeigt sich auch bei den Löhnen. Der Lohnabbau in Deutschland ist den Arbeitern zur Genüge bekannt.

Der Lohnfonds mehr als verdoppelt

Die Lohnsala in der Sowjetunion bewegt sich in entgegengesetzter Richtung. Seit 1928 mit dem Beginn des Fünfjahresplanes hat sich der Lohnfonds aller Arbeiter und Angestellten weit mehr als verdoppelt. Er ist von 11 Milliarden Rubel im Jahre 1928 auf 26 Milliarden im Jahre 1932 gestiegen. Der individuelle Geldlohn stieg seit 1927 im Durchschnitt um 72,3 Prozent. Dazu kommt aber noch der Soziallohn, der 45 Prozent des Einkommens der Arbeiter ausmacht. Dieser Soziallohn ist einer der wichtigsten Momente im Arbeiterleben der Sowjetunion.

Vor dem Kriege wurde der russische Arbeiter in der schlimmsten Barbarei gehalten, die bedeutende Ähnlichkeit mit der jetzigen Lage des Arbeiters in den kapitalistischen Ländern aufweist. Nur ein Zehntel aller Arbeiter ganz Russlands waren in einer Sozialversicherung, wo für sie dauernd zwei Prozent ihres Hungerlohnes abgezogen wurde. Heute befinden sich sämtliche Arbeiter — mehr als 20 Millionen — in der Sozialversicherung. Es gibt keine Lohnabzüge dafür. Die gesamten Kosten der Sozialversicherung werden von den einzelnen Unternehmungen und vom proletarischen Staat getragen. Hinzu kommen noch die kulturellen Ausgaben des Arbeiterstaates und der Gemeinden für sanitäre Anlage und Gesundheitswesen, Clubs und Wohnungsbauten usw. Diese Ausgaben sind von 3,3 Milliarden Rubel im Jahre 1928 auf 9,73 Milliarden im Jahre 1931 gestiegen. Innerhalb weniger Jahre also eine Verdreifachung.

2,3 Millionen Arbeiter in Erholungsheimen

Während 1928/29 eine halbe Million Arbeiter und Bauern in Erholungsheimen und Sanatorien waren, betrug ihre Zahl in diesem Jahr schon 2,3 Millionen. In den letzten drei Jahren waren insgesamt 4,4 Millionen Arbeiter, umhernd ein Viertel aller Arbeiter in Erholungsheimen und Sanatorien. Dabei ist hervorzuheben, daß ihre Zahl in dauerndem Ansteigen begriffen ist und das Ziel — für jeden Arbeiter jährlich eine Erholung außerhalb der Städte in den schönsten Teilen der Sowjetunion — bald in Erfüllung gehen wird.

Das Sowjetproletariat ist sich der Tatsache voll bewußt, daß es eine weitere Verbesserung seiner Lebenslage nur im Kampf für den sozialistischen Aufbau erreichen kann. Deshalb auch der gewaltige Arbeitseifer, der die russischen Arbeiter und Kollektivbauern die Arbeit als eine Sache der Ehre und des Ruhmes, deshalb die Gedankens der Stolzhaftigkeit, denn alles, was die Verdienste der Sowjetunion erhöht, erhöht auch die eigene.

In Stadt und Land

wähle KOMMUNISTEN

Liste

Die sporttreibende Arbeiterschaft wählt Liste 3

Von Ernst Grube

Der unausgesetzte Angriff der Bourgeoisie auf die Lebenshaltung der Werktätigen wirkt sich verheerend auf die Durchführung der sportlichen Betätigung aus.

Bei den hinter uns liegenden Wahlkämpfen versuchten besonders die reformistischen Sportführer zu beweisen, daß ihre Vertreter im Reichs- und Landtag dafür sorgen werden, daß die Interessen der werktätigen Sportler in den Parlamenten berücksichtigt werden.

Die kommunistische Reichstagsfraktion beantragte, zur Förderung des Arbeitersports und der Leibesübungen in Titel 20 des Haushaltsplanes die Summe von 750 000 Mark auf 3 Millionen Mark zu erhöhen.

„Diese Mittel sind den Arbeiterport-Organisationen und Vereinen zum Ausbau ihrer Sportanlagen und Einrichtungen sowie zur sportärztlichen Überwachung ihrer Mitglieder zur Verfügung zu stellen.“

Nachdem der Vertreter der kommunistischen Reichstagsfraktion diese Anträge begründet hatte, und die Bürgerlichen, die sich außer-

des TUSV. und der Paddelklub Saatzwinkel (bürgerlich) beteiligten, wurde einstimmig beschlossen, für die Liste 3 zu werben.

In Bräun (Danz) wurde in Anwesenheit von drei Bundesvertretern eine Entschlüsselung angenommen, in der es heißt, daß die versammelten Genossen sich verpflichten, aktiv als rote Wahlhelfer für die Liste 3 einzutreten.

Der bürgerliche Turnerbund Oberhausen-Styrum führte mit einem Verein der K.V. ein Solidaritätsspiel durch. Das Eintrittsgeld, 70 Mark, wurde dem Wahlfonds der kommunistischen Partei überwiesen.

Der dem Bunde angehörende Verein Freie Turnerschaft Altenessen trug mit dem K.V.-Verein Altenessen ebenfalls ein Solidaritätsspiel zugunsten des Wahlfonds der K.P.D. aus.

Von der Reichsmeisterschaft der Roten Rad- und Motorfahrer am 8. und 4. September in Leipzig wurden 180 Mark den streikenden Textilarbeitern in Sachsen überwiesen.

In den letzten Wochen schlossen sich eine weitere große Zahl Bundesvereine der K.V. an, um mitzukämpfen in der Einheitsfrontaktion gegen Faschisierung und Militarisierung des Sports.

kamen zur K.V.: Arbeiter-Radsfahrer-Bund Marienthal, Zentralverein Meinersdorf, Arbeiter-Sanitäter Limbach, Arbeiter-Radsfahrer Marienthal-Desteritz, Sportverein Krumbach, Schachverein Freital-Burg.

In allen Kreisen und Bezirken stießen die Vereine aus den Bänden in der Einheitsfrontaktion zur Roten Sporteinheit.

Diese wenigen, aus vielen herausgenommenen Beispiele zeigen die Entschlossenheit der sporttreibenden Arbeiterschaft, in vorrückter Front mitzukämpfen:

Gegen Faschisierung und Militarisierung des Sports. Gegen Lohn- und Gehaltsabbau und Unterfügungsraub, Zerschlagung der Tarife.

Für Sicherung der materiellen Basis des Sportbetriebes. Gegen Entzug von Sportplätzen, Turnhallen und Badeanstalten der Arbeitersportler.

Für Herbeiführung der antifaschistischen Sportfront in der Einheitsfrontaktion.

Für die Arbeiter- und Bauern-Republik. Für die Liste 3!

Solidaritätsspiele in roter Einheitsfront

Frankfurt am Main

Trotzdem die sozialdemokratische Vereins- und Kreisleitung vor wenigen Tagen erklärte, daß in Griesheim Klarheit herrsche und die Reihen des Vereins gesäubert sind, kam für die Bundesbürokratie ein besto vernichtender Schlag in Gestalt eines Beschlusses der ersten Mannschaft des Griesheimer Fußballvereins 08 (Mitgl. des TUSV), die sich bereit erklärte, ein Solidaritätsspiel mit den roten Sportlern auszutragen.

Stuttgart:

Den roten Sportlern von Weilimdorf gelang es, mit der Betriebsjugendmannschaft der Schuhfabrik Salamander Kornwestheim ein Spiel auszutragen. Ein Genosse der Landesjugendleitung begrüßte die Mannschaft und betonte den gemeinsamen Kampf der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen gegen Militarisierung und Faschisierung der Jugend.

Köln:

Die reformistische Sportbürokratie hatte mehrere Genossen des Vereins Köln 93 wegen eines Spiels mit einer Erwerbslosen-Mannschaft aus dem Bund ausgeschlossen. Viele Genossen traten nun in einem Spiel zugunsten des Wahlfonds der K.P.D. gegen die roten Sportler von Mülheim an.

Leipzig:

Im Zeichen der antifaschistischen Sportfront führte VfL-Weiß-Weiß ein Solidaritätsspiel gegen die streikende Betriebsmannschaft von Tittel und Krüger, die sich aus bürgerlichen und bundestreuen Spielern zusammensetzte, durch.

Hannover:

Beim Fest der roten Presse traten 12 Kunst- und Reigenfahrer aus „Solidarität“ auf. Sie bewiesen hierdurch, daß sie mit den roten Sportlern im Kampf gegen Faschismus und Militarismus kämpfen wollen.

Berlin:

Die Mitglieder der Sportvereinigung Alt-Glienide hatten mit ihrem Ortsrivalen, dem Alt-Glienide Ballspielklub, der dem bürgerlichen Verband angehört, Verbindung aufgenommen, um noch vor der Wahl ein Spiel zum Austrag zu bringen.

Solinger Stadtverwaltung gegen Rot-Sport

Die Solinger Arbeitersportler führen seit Wochen einen zähen erbitterten Kampf gegen die Stadtverwaltung. Es geht um die Grundlagen der Körperkultur, es geht um das Lebensrecht der Vereine, die im Interesse der Arbeiterklasse diesen Kampf führen.

Der kommissarische Bürgermeister Brisch, ein Sozialdemokrat, der genau wie Jörgel und Roste für würdig befunden wurde, nach dem 20. Juli im Amt zu verbleiben, versucht zu beweisen, daß nicht nur Severing und Braun alle Kräfte gegen die revolutionäre Ar-

beiterschaft eingesetzt haben, sondern er die Sache genau so gut versteht.

Im bergischen Land ist die rote Sportbewegung zahlenmäßig und ideologisch äußerst stark. Das ist dem Diktator von Solingen ein Dorn im Auge. So wurde dem freien Turnerbund Sollingen-Wibbert, der sich in mühevoller Arbeit einen Sportplatz geschaffen hatte, der Pachtvertrag gekündigt unter der Begründung, daß der Verein durch seinen Austritt aus dem Arbeiter-Turn- und Sportbund die Gemeinnützigkeit verloren habe.

Auch in Ohligs hat man dem Verein für sämtliche Spiele das Stadion gesperrt, weil der Genosse Grube, der Reichsleiter der K.V., anlässlich eines Fußballspiels Begrüßungsworte an die Zuschauer gerichtet hat.

Der verstärkte Verfolgungsdruck der Bourgeoisie muß den entschlossenen Widerstand aller werktätigen Sportler finden. Die sich immer mehr bildende Einheitsfront aller werktätigen Sportler und die Massenmobilisierung der gesamten Arbeiterschaft gegen diese Maßnahmen muß weitere Anschläge verhindern.

Achtung, Burtschen und Mädels!

Wie in den Vorjahren veranstaltet auch in diesem Winter die Breslauer Arbeiter-Samariter-Kolonie wieder einen Lehrlernkurs in der ersten Hilfeleistung bei Unfällen und plötzlichen Erkrankungen für jugendliche Arbeiter Geschlechts.

Erste Hilfe kann oftmals den Tod oder dauerndes Siechtum verhindern. Darum ist die erste Hilfe die wichtigste Hilfe! Leider muß gesagt werden, daß Helfer, Samariter fast immer fehlen.

Ein unter ärztlicher Leitung stehender Ausbildungskursus, gemeinsam für Burtschen und Mädels, beginnt am kommenden Mittwoch um 20 Uhr im Zwinger-Gymnasium.

Agitationsbezirk Breslau

Mit je 2 Mark werden die Vereine Fichte-West und Schwarz-Gelb bestraft, weil die angelegten Schiedsrichter Nr. 24 und 27 am 30. Oktober nicht angetreten sind.

Zugunsten des Wahlfonds

treffen sich am Sonnabend, dem 5. November, auf dem Rot-Weiß-Platz folgende Mannschaften: 13.30 Uhr: Grün-Weiß II gegen Rot-Weiß II, Schiri 12. 15 Uhr: Grün-Weiß I gegen Rot-Weiß I, Schiri 3

Fichte-Wanderpartei

Sonntag, den 6. November, alles beteiligt sich als Wahlhelfer. — Dienstag, den 8. November: Thema: „15 Jahre Sowjetunion.“ Instrumente nicht vergessen. Gäste sind jederzeit willkommen im Heim Hirschstraße 78, Hinterhaus.

Fußball-Großkampftag in Bunzlau

Am Sonntag, dem 30. Oktober, weichte Stern-Zirkel mit drei Mannschaften in Bunzlau, um gegen den Freien Sportverein Fichte ein Freundschaftsspiel auszutragen.

Spielverlauf

Bunzlau hat Anstoß, und es entwickelt sich ein schönes offenes Spiel. Nach zehn Minuten kann Zirkel zum ersten Male einstoßen und steht nach kurzer Zeit mit 3:0 in Führung.

Bunzlau wird aus dieser Niederlage zu lernen haben und sich eifriger denn je dem Training hingeben, wenn die „Fichte“-Fußballer nicht noch mehr solche hohe Niederlagen einstecken wollen.

Bei den Fichtesportlern



herrscht Hochbetrieb, denn sie üben schon fleißig für das große Saalportfest, welches am 15. November, abends 8 Uhr, in Hoffmanns Festhallen stattfindet.

halb des Parlaments für Erhöhungen der Mittel eingeleitet hatten, in großer Verlegenheit waren, überließen sie dem Vorsitzenden der sogenannten Sozialistischen Arbeitersport-Internationale, Gellert, die Ablehnung der Erhöhung der Mittel zu verteidigen.

Da Schred und Gellert jetzt wiederum auf den Kandidatenlisten der Sozialdemokratie erscheinen, ist es notwendig, daß sich alle Arbeiterportler und Sportlerinnen mit der sozialfaschistischen Haltung der reformistischen Sportführer beschäftigen und die Lehren daraus ziehen.

15 jährigen siegreichen Gedenktag der proletarischen Revolution.

In den kapitalistischen Ländern zerfallen die von den Werktätigen geschaffenen Kultureinrichtungen. In der Sowjetunion werden Hunderte von Millionen Rubel für Förderung der Leibesübungen und Ausbau der sportlichen Übungsstätten zur Verfügung gestellt.

Im Gegensatz zu den national- und sozialfaschistischen bürgerlichen und reformistischen Sportführern steht die sporttreibende Arbeiterschaft in den gegnerischen Sportorganisationen zur Einheitsfrontaktion. Die zahlreichen Beschlüsse, die die Mitgliedschaft in den bürgerlichen und reformistischen Vereinen zu den Streiks der Arbeiterschaft, zur Reichstagswahl für die Liste 3, zum Anschluß an die Kampfgemeinschaft sagt, bekräftigen das erwachte Klassenbewußtsein.

Der bürgerliche Turnverein Marl (Ruhgebiet) faßte in den letzten Tagen einen Beschluß, in dem es heißt, daß sie alle Mitglieder und Vereine der Freien Turnerschaft auffordern, in der roten Einheitsfront für die Liste 3 zu kämpfen.

In einer Konferenz der Wasserfahrer Berlins, an der sich u. a. die Ruder-Vereinigung 1913, die Ruder-Vereinigung Fürstenwalde

Am 6. November 1932 fauchst Tginalowbol!

Judne Obelnitnufgortlne

ein Wähler und ein Wahlhelfer für die Liste 3

Schwere Erschütterung des jugoslawischen Faschismus

Sturz der Belgrader Regierung

Belgrad, 4. November. Gestern abend erklärte die jugoslawische Regierung Erschütterung ihren Rücktritt.

Dieser Sturz der jugoslawischen Regierung ist eine Folge der tiefgehenden Zerschlagung des jugoslawischen Faschismus. Seit Wochen befinden sich die Bauern im kroatischen Komitat Dika im bewaffneten Aufstand gegen das Schichtenregime der faschistischen Diktatur. Diese Kämpfe werden durch zahlreiche Bauernunruhen in allen Teilen des Landes aufs kräftigste unterstützt. In vielen Fällen haben die bewaffneten Bauern der Gendarmerie schwere Niederlagen zugefügt und sich in den Besitz ganzer Dörfer gesetzt.

Während der Sturm des Aufstandes durch das ganze Land geht, nehmen die Schwierigkeiten der jugoslawischen Bourgeoisie immer größere Formen an. In diesen Tagen mußte der jugoslawische Kapitalismus die Zahlungen für die amerikanischen Anleihen einstellen. Das gesamte Wirtschaftsleben ist so gut wie völlig lahmgelegt, das Land geht der Wirtschaftskatastrophe mit Riesenschritten entgegen. Alle diese Tatsachen führten nicht nur zu verschärften Klassenkämpfen, sondern auch zu immer größeren Differenzen im Lager der Bourgeoisie selbst über die Wege, die einzuschlagen sind, um aus der Krise herauszukommen, und führten schließlich zu einer schweren Erschütterung der faschistischen Diktatur. Es ist dies bereits der zweite Regierungsturz seit Januar 1932.

Der Regierungsturz bedeutet natürlich keine Aenderung des grausamen Unterdrückungskurses gegen die Arbeiter und Bauern. Der jugoslawische Faschismus wird versuchen, durch gewisse Zugeständnisse an die kroatische Bourgeoisie seine blutige Herrschaft gegen die Werktätigen und gegen die nationalen Minderheiten weiter aufrecht zu erhalten. Die aufs grausamste verfolgte kommunistische Partei wird ihre Anstrengungen verdoppeln und verdreifachen, um sich an die Spitze der Kämpfe der Arbeiter und Bauern zu stellen und das faschistische Blutregime zu stürzen.

Große kommunistische Demonstrationen in Griechenland

Athen, 4. November. In allen größeren Städten Griechenlands fanden gewaltige Arbeiterdemonstrationen statt, bei denen die kommunistischen Abgeordneten als Redner die stürmische Begeisterung der zugeströmten Massen auslösten. So demonstrierten in Athen über 1500 Arbeiter in einer Versammlung des Allgemeinen Griechischen Gewerkschaftsbundes, auf der der kommunistische Abgeordnete Nefeludis (Straßenbahner) sprach. Ebenfalls in Athen versammelten sich im Theater „Alhambra“ 1200 Jugendliche in einer Antiterrorversammlung der kommunistischen Jugend. In Piräus sprach der kommunistische Abgeordnete vor einer Versammlung von 500 Arbeitern im Theater „Ideal“. Im Theater „Wos“ in Piräus versammelten sich 600 Seeleute. In Saloniki fand eine große Kundgebung von 1200 Tabakarbeitern und eine noch größere mit 1700 Arbeitern statt, bei der der kommunistische Abgeordnete Grozos sprach. An einer Tabakarbeiterversammlung in Volo nahmen 2000 Menschen teil. In Mytilene (Thessalien) fand eine Versammlung von über 1000 armen Tabakbauern unter kommunistischer Führung statt.

Erneute Vertagung der Mandchurei-Debatte in Genf

Genf, 4. November. Die ursprünglich für Ende November vorgesehene außerordentliche Vollversammlung des Völkerbundes über die Mandchurei-Frage wird voraussichtlich erst im Januar oder Februar stattfinden. Der Völkerbund verzögert also auf neue eine Stellungnahme zum Völkervertrag in Mandchurei und unterstützt damit bewußt die Absichten des japanischen Imperialismus, der die Zeitspanne zur Fortführung des Krieges ausnützen kann.

Der Spinnerstreit in England

Feste Streikfront — Die Anstrengungen der Reformisten zur Abwägung des großen Kampfes

London, 4. November. Der seit Montag andauernde große Spinnerstreit von Lancashire hat in den letzten Tagen eine weitere Ausdehnung erfahren. Überall stehen vor den Betrieben große Massenstreikposten, die eine starke Aktivität entfalten. Inzwischen ist von den Gewerkschaftsführern die Abstimmung in Gang gesetzt worden, deren Ergebnis am morgigen Sonnabend verkündet werden soll. Die Gewerkschaftsführer entfalten eine große Agitation für die Annahme des Lohnraubabkommens, das sie mit den Textilunternehmern vor 10 Tagen abgeschlossen haben, und für die Beendigung des Streiks. Der „Manchester Guardian“ veröffentlicht das Interview eines Gewerkschaftsführers, der erklärt, der Streik müsse so schnell wie möglich beendet werden. Dieser Reformist kritisiert aufs schärfste das Abstimmungsergebnis der Delegiertenkonferenz, die sich für den Streik entschieden hat, obwohl die Gewerkschaftsführer bereits ein Abkommen mit den Unternehmern geschlossen haben. Es müsse, so meint dieser Streikbruchagent, ein neuer Abstimmungsmodus bei den Gewerkschaften eingeführt werden, damit die Delegierten nicht beeinflusst sind durch die Beschlüsse der Gewerkschaftsversammlungen, die sich fast einmütig für den Streik ausgesprochen haben.

Die große Bedeutung des Streiks der annähernd 200.000 Textilarbeiter von Lancashire geht schon daraus hervor, daß dies der erste große Streik ist, der gegen ein von den Gewerkschaftsführern abgeschlossenes Abkommen durchgeführt wird. Neben den großen ArbeitslosenDemonstrationen in England und der immer weiter greifenden Krise des englischen Kapitalismus und der Erschütterung des Finanzsystems ist der Streik von Lancashire ein drohendes Menetekel für die herrschende Klasse in England und kennzeichnet den Grad der Radikalisierung der englischen Arbeiterklasse, die nicht gewillt ist, die ungeheuren Opfer auf sich zu nehmen, welche die englische Bourgeoisie auf sie wälzt. Die soziale Revolution pocht drohend an die Tore des britischen Imperiums.

Zusammen mit den großen Klassenschlachten in Belgien, Polen, in den Vereinigten Staaten und Frankreich, kommt dem Massenstreik der Spinner von Lancashire gewaltige internationale Bedeutung zu und mahnt auch die Arbeiterklasse Deutschlands zur höchsten Solidarität mit den kämpfenden Brüdern in England.

Vor dem 15. Jahrestag der Oktoberrevolution:

Aufschwung der Leichtindustrie

Textilarbeiter im sozialistischen Wettbewerb — Die Errungenschaften der Arbeiter von Iwanowo-Wosnessensk

Moskau, 4. November. Die riesigen Erfolge der Sowjetunion in den letzten Jahren und in erster Reihe die Schaffung einer sozialistischen Schwerindustrie haben die Grundlage für die Entwicklung einer leistungsfähigen Leichtindustrie geschaffen. Im Laufe der 15 Jahre nach der Oktoberrevolution stieg der Wert der Leichtindustrieproduktion um 289,3 Prozent. Aber in noch schnellerem Maße sind die Bedürfnisse der wachsenden Bevölkerung gestiegen. Aus diesem Grunde hat auch das letzte J.A.-Plenum der Bolschewistischen Partei mit aller Schärfe die Hebung der Produktion von Massenbedarfsartikeln als Aufgabe gestellt.

Im Zeichen des 15. Jahrestages der Oktoberrevolution entfalten die Arbeiter der Sowjet-Leichtindustrie einen gewaltigen Kampf für die Hebung der Produktion von Massenbedarfsartikeln. Ein Beispiel für diesen heldenhaften Kampf zur Ueberwindung aller Versorgungsschwierigkeiten bietet ein offener Brief der Weber und Weberinnen der Städte Schuisk und Wiedschug an die Weber der Bezirke Moskau, Leningrad und Iwanowo-Wosnessensk, mit der Aufforderung zur Organisation eines Wettbewerbes.

Der Offene Brief stellt die Erfolge des sozialistischen Aufbaus innerhalb 15 Jahren fest. Allein in den letzten drei Jahren sind 769 neue Industrieunternehmen errichtet und in Betrieb gesetzt worden.

Dort, wo bisher leere Felder und Wälder waren, sind innerhalb 15 Jahren neue hundert Städte und Arbeiteriedlungen entstanden.

Die früheren Behausungen und Dörfer des Textilbezirkes Iwanowo-Wosnessensk sind nicht wiederzuerkennen. Neue Betriebe, Fabriken, Elektrowerke, Schulen, Universitäten, Klubs, Kinos, Fabrikkichen, Krankenhäuser, Erholungsheime, Säuglingsheime, Kindergärten usw. sind in unfernen Städten und Arbeiteriedlungen entstanden. Ueber hunderttausend Arbeiterfamilien haben im Bezirk Iwanowo-Wosnessensk in den Jahren des ersten Fünfjahresplans Wohnungen in Neubauhäusern erhalten.

In den Schulen, Technika, Arbeiteruniversitäten, Technischen Hochschulen und Industrieakademien lernen die Textilarbeiter von Iwanowo und ihre Kinder. Das Antlitz der Textilbetriebe hat sich vollkommen verändert.

Währenddessen wird im alten englischen Textilindustriezentrum Manchester eine Fabrik nach der anderen geschlossen. Die Erwerbslosenarmee wächst unaufhaltbar. Hunger und Elend herrschen unter den englischen Webern und Weberinnen. Das kapitalistische Manchester verfallt. Iwanowo — das rote Manchester — ist im stürmischen Anstieg!

Der sozialistische Wettbewerb von Millionen Proletariern und Kollektivbauern, der von der Partei der Bolschewiki organisiert und geleitet wird, hat uns den Erfolg und den Sieg gesichert. Wir sind in der Lage, die Produktionsprogramme nicht nur zu erfüllen, sondern sogar zu übertreffen. Die Weber und Weberinnen der Sowjetunion können Millionen Meter Gewebe über den Plan hinaus geben! Wir Weber der Witschuger Fabrik „Kote Profintern“ haben den Septemberplan zu 105 Prozent erfüllt.

Das Hungerprogramm der tschechischen Regierung

Sozialdemokraten machen für Ministerfessel alles

Prag, 4. November. Im Namen der neuernannten Koalitionsregierung gab der Ministerpräsident Malypetr gestern die Regierungserklärung ab. Das Defizit des Staatshaushalts beträgt 1,15 Milliarden Kronen, die zum größten Teil dadurch gedeckt werden sollen, daß ein allgemeiner Gehaltsaub bei den unteren Angestellten und Beamten durchgeführt wird. Sowohl die tschechischen Sozialdemokraten geben diesem Hungerprogramm ihre Zustimmung und nehmen an der Regierung teil.

A. Schapowalow

ILLEGAL

Ein alter Bolschewik erzählt aus seinem Leben

Copyright 1932 by Mopr.-Verlag, Berlin (Internationale Memento, Band 4). 30. Fortsetzung

Es war von der Hausfrau ganz isoliert und hatte einen eigenen Ausgang. Das alles war für Menschen, die ihre wirkliche Tätigkeit vor den Nichteingeweihten verdecken und sich für alles Mögliche ausgeben mußten, was sie in Wirklichkeit nicht waren, sehr vorteilhaft. Auch der Preis für dieses Zimmer war erträglich.

In der ersten Zeit ging alles sehr gut. Nichts Verdächtiges war zu bemerken.

Eines Tages, als ich im Fenster eines anderen Hauses auf derselben Straße einen Zettel hängen sah, auf dem ein Zimmer angeboten wurde, fragte ich eine Frau, die vor dem Haus stand: „Wird hier ein Dachstübchen vermietet?“

„Ja“, antwortete sie, „ich vermiete ein Dachstübchen. Ich bin die Wirtin. Wo wohnen Sie? Ich habe Sie schon einige Male in dieser Straße gesehen.“

„Ich wohne hier, wo ich wohne.“

„Ach, das ist doch die Herrschaftsvermittlerin“, rief sie laut. „Na, da haben Sie sich schön einquartiert!“

„Wieso denn?“ fragte ich.

„Dort wohnen nur Diebe und Sozialisten. Nein, ich kann Ihnen meine Dachstube nicht vermieten: wer weiß, vielleicht gehören Sie auch zu diesen Brüdern. Man wird die Polizei dann gar nicht mehr los. Nein, nein, ich kann Sie nicht in meine Wohnung nehmen!“

Diese Antwort einer mir ganz unbekanntem Frau über die Mieter der Dachstübchen zwangen mich, über diese Frage nachzudenken. Es stellte sich eigentlich heraus, daß die Revolutionäre durch ihre Gewohnheit, in Bodenkammern und Dachstübchen zu wohnen, sich der Dohrana ausliefereten und ihnen dadurch ihre Arbeit erleichterten. Da aber weder ich, noch die Organisation

Geld für die Miete eines guten Zimmers hatten, mußten wir uns mit diesem Uebel ausföhnen.

Um die Parteiarbeit möglichst gut zu organisieren und um mich in jeder neuen Stadt, in die ich kam, besser zu orientieren, mußte ich vor allem die Lage der Arbeiter kennenlernen.

In Twerj war die Lage der Arbeiter ebenso schwer wie in Wolschny-Wolotschok. Am besten kann man darüber urteilen, wenn man das dritte Flugblatt des Twerjer Parteikomitees an die Arbeiter der Fabrik von Berg vom 20. Dezember 1902 liest.

Der Arbeitstag — heißt es in diesem Flugblatt — hat 12 Stunden. Die Arbeiter wohnen in einem Loch von sechs Meter Länge und 3,75 Meter Breite und in dieses Loch werden sieben bis acht Menschen hineingepfercht. Die Luft ist überfüllt und stickig, der steinerner Fußboden ist feucht. Alle, die drin wohnen, sind dauernd erkältet, die Kinder sterben. Der Meister und die Beamten prügeln die Frauen und die Kinder. Der Vertreter der Fabriks-administration Wassilij schlägt sie sogar mit einer Peitsche. Der Direktor der Fabrik, Cooz, die Meister Broblek, Cromton und Dubrowskij, wie auch der oben erwähnte Wassilij, lassen nicht eine einzige schöne Frau, nicht ein einziges schönes Mädchen unbelästigt. Sie betrachten die Arbeiterinnen der Fabrik als ihren Harem und ihr Verhalten ihnen gegenüber ist empörend.

Wie entsetzlich die Lage der Arbeiter in Twerj war, bezeugt ein Ereignis, das in Bergs Fabrik passierte. Der Arbeiter Lognow, der durch die ständigen Schlägen, Drohungen und Bestrafungen des Fabrikdirektors Cooz außer sich geraten war, brachte am 3. März 1903 einen Revolver mit in die Fabrik und schloß auf den Direktor, als er zwischen den Drehbänken herumspazierte. Der Schuß traf in die Schulter. Lognow meldete sich freiwillig bei der Polizei und teilte das Geschehene mit. Selbst das zaristische Gericht sprach Lognow frei.

Unter dem Einfluß der Verbannten, die aus Petersburg und Moskau hierherkamen, fand die revolutionäre Theorie, die die erfolgreichsten Möglichkeiten eines revolutionären Kampfes sogar im zurückgebliebenen Rußland aufzeigte, Anhänger sowohl unter den dortigen Intellektuellen und Arbeitern, als auch in einem Kreis, der nicht nur jeder Propaganda unzugänglich erschien, sondern in Westeuropa und in Amerika den Regierungen und der herrschenden Klasse die grausamsten Bekämpfer der Arbeiterklasse und des Sozialismus lieferten. Diese Kreise waren in Twerj die Schüler des Theologischen Seminars. Schon im Jahre 1889 wies der Hauptmann Subatow die Regierung darauf

hin, daß in Twerj sich ein Zirkel der Seminaristen befände, den E. A. Rogosjina leitete. Dieser Zirkel leistete illegale Arbeit unter den Arbeitern der Morosow-Fabrik. Als besonders aktive Mitglieder dieses Zirkels wurden die Brüder Mitjagin genannt. Außer diesem marxistischen Zirkel der Seminaristen existierte noch ein Zirkel der Gymnasialisten, Realchüler und Gymnasialistinnen.

Als ich im Jahre 1903 nach Twerj kam, fand ich dort viele Verbannte vor. Die Mehrzahl von ihnen nahm an der revolutionären Arbeit teil. Die Dohrana ließ sie nicht aus den Augen. Praxlowja Kudelt war eine Ausnahme. Trotzdem sie eine Verbannte war, verstand sie es, die Dohrana an der Nase herumzuführen. Sie stand vom August 1903 bis zum Herbst 1904 an der Spitze der Twerjer Organisation und arbeitete außerordentlich aktiv.

Ich erwähnte die Dohrana. Sie arbeitete wirklich mit Woll-dampf. Ihre Arbeit begann schon am Bahnhof, an dem der Revolutionär nach Twerj ankam. Sie begnügte sich aber nicht nur mit Beobachtungen, sondern machte ganze Reihen von Revolutionären durch Provokation nieder.

Die furchtbare Zerkümmern der Organisation in Twerj im August 1903 geschah durch die Arbeiterprovokateure Moskwin, Schulow und Tschurkin, die sich das Vertrauen der Genossen erschlichen hatten und zu dieser unwürdigen Arbeit vom Gendarmeriehauptmann Uranow gestellt wurden. Genosse Zoma, dem die ganze schwere Last des Wiederaufbaus der durch Provokateure zertrümmerten Organisation oblag, entdeckte schon nach drei Monaten Arbeit, im November 1903, zu seinem Entsetzen, daß unter den Mitgliedern der Organisation sich wieder zwei Provokateure befanden: zwei Arbeiter: Schwchow und Wolnuchin.

Genosse Zoma (Iwan Jegorow) legte — wie übrigens fast alle guten Agitatoren — nicht genügendes Gewicht auf die organisatorische Festigung der Parteimitgliedschaft. In der Ueberzeugung, daß die Agitation und Propaganda die Hauptaufgabe sei, beachtete er zu wenig die Notwendigkeit der Erziehung zur Konspiration. Außerdem vertraute er zu leicht den Menschen. Nur dadurch ist es zu erklären, daß es den Provokateuren gelang, ihn zu belügen. Da die entlarvten Provokateure augenscheinlich viel mehr wußten, als es notwendig war, wurde beschlossen, sie zu vertilgen, um die Organisation zu retten. Leider gelang es Schwchow, der das veränderte Verhalten der Genossen ihm gegenüber bemerkte, zu entfliehen. Wolnuchin, dessen verräterische Rolle augenscheinlich nicht ganz bewiesen war, wurde auf einem Oben-Platz zwischen Gemüsegärten getötet. (Fortsetzung folgt.)

Alle Hungernden im Waldenburger Land wählen Liste 3

Jetzt verstärkt vorwärts für die Kumpelheit

Das Ergebnis von der Arbeiterkammerwahl im niederschlesischen Bergbau hat noch nicht geklärt. Trotzdem kann schon heute festgestellt werden, daß dieses Ergebnis weder den CPD, noch die kommunistische Partei befriedigen kann. Zum erstenmal hatte sich der Einheitsverband der Bergarbeiter in Niederschlesien an einer solchen Wahl beteiligt. Die Partei hatte eine Liste gemeinsam mit den Gewerkschaften und Christen auf. Die Wahlbeteiligung war auf allen Schichten eine äußerst schlechte und betrug etwa weniger als 50 Prozent. Nachfolgend die Ergebnisse:

	Liste I	Liste II	Liste III
Waldenburger	343	378	197
Waldenburger	210	66	68
Waldenburger	995	585	273
Waldenburger	428	401	63
Waldenburger	457	203	101
Waldenburger	552	209	95
Waldenburger	1147	409	320

Die Liste I ist der CPD, die Liste II die Christen, Liste III die NSDAP. Ein Vergleich mit den letzten Betriebsrätewahlen ist schlecht möglich, da in der Zwischenzeit durch die Massenentlassungen vor allem solche Kameraden auf die Straße flohen, die hinter dem Einheitsverband der Bergarbeiter standen und alles für die Herstellung der Kumpelheit einsetzten. Das bis jetzt vorliegende Ergebnis bei 751 Wählern brachte für den CPD 2332 Stimmen. Angesichts der dauernden Verschlechterung des Gehaltes, des Lohnraubs, der härteren Antreiberei und damit der wachsenden Grubenunsicherheit ist dieses Ergebnis schlecht.

Am allgemeinen haben wir eine Aktivierung der Arbeiterklasse, die ihren Ausdruck findet in der gewaltigen Streikbewegung, die durch Deutschland brauste und in dem Stimmengewinn der KPD schon bei den letzten Reichstagswahlen.

Bei den Arbeiterkammerwahlen im Waldenburger Revier findet diese Aktivierung nicht den entsprechenden Niederschlag, der in einem gewaltigen Vorkampf des CPD, als der revolutionären Gewerkschaftsorganisation der Bergarbeiter hätte bestehen müssen. Die Schwächen liegen hier an der ungenügenden Verwendung der Tätigkeit der Kommunisten auf die Betriebe, an dem mangelhaften Auftreten der CPD-Gruppen im Schacht und in jeder Abteilung, um

durch die Einheitsaktion den Lohnraub abzuwehren, die Grubenunsicherheit herzustellen und gegen die lebensgefährliche Antreiberei, die fast in jeder Abteilung vorherrscht, erfolgreich anzukämpfen.

Durch eine solche tägliche aktive Arbeit aller Mitglieder und Anhänger des CPD, hätte mindestens eine Steigerung der Wahlbeteiligung zugunsten des CPD erreicht werden können.

Die Abgabe von 1117 Stimmen für die Nazis zeigt, daß immer noch, wenn auch eine geringere Zahl, Arbeiter vorhanden sind, die den radikalen Worten der NSDAP Glauben schenken. Auch diese irreführten Arbeiter können für die proletarische Klassenfront zurückgewonnen werden.

Die Auslösung gemeinsamer Aktionen wird sie am besten davon überzeugen, daß die NSDAP in den Diensten der Grubenbarone steht.

Der Kampf gegen die reformistischen Streikbruchpolitiker, gegen die Kollaboranten und Konfessanten, die sogar mit den Gewerkschaften gehen, muß verstärkt werden. Das Wahlergebnis muß uns nun erst recht veranlassen, die Kollegen des CPD für die revolutionäre Gewerkschaftsopposition zu gewinnen. Unsere Aufklärungs- und Werbearbeit gilt es in allen Abteilungen zu verstärken.

Selbstverständlich kann aus diesen Wahlen keine Schlussfolgerung auf die Reichstagswahlen gezogen werden.

Die Bergarbeiter und ihre Frauen werden am Sonntag ihren Willen zur Einheitsaktion gegen das Grubenkapital, das nur auf seinen Profit bedacht ist, zum Ausdruck bringen und Kommunisten, Liste 3, wählen. Durch die mächtige Demonstration von Millionen kommunistischen Wählern müssen die Industrieherrn und Junker, müssen die faschistischen Diktatoren und deren treue Stütze, die Führung der CPD und Gewerkschaften, erzittern. Die Arbeiterbataillone werden darüber hinweg zum Sozialismus weiter schreiten!

ist, meldete das dem Betriebsrat Taub. Als sie ihn nach einiger Zeit frag, was er dagegen unternommen habe, sagte er:

„Ja, der Otte, das ist doch der Lohndirektor, der läßt sich nicht lehen und übrigens wird dabei sowieso nicht viel heraushängen.“

Das ist ein sozialdemokratischer Betriebsrat, der die reformistische Politik der Gewerkschaftsbürokratie im Betrieb durchführt. Die Arbeiter können daran lächeln, wenn zwischen diesen reformistischen Politikern und dem Unternehmer eine solche Harmonie herrscht. Alles zum Nutzen der Firma und zum Schaden der Belegschaft. Große Empörung herrscht unter den Arbeitern und Arbeiterinnen über den Abzug der Prämie, den die Nachtschicht von abends 8 Uhr bis 10 Uhr erhält, und der ungefähr 1 Mark die Woche ausmacht. Auf eine Anfrage erwiderte der Betriebsrat, daß an dieser Sache nichts zu ändern sei. Die Textilarbeiter dürfen sich von einem Menschen, der schon längst nicht mehr ihr Vertrauen besitzt, nichts mehr verschreiben lassen. Verlangt sofort eine Belegschaftsverammlung und nehmt zu dem Lohnraub, der jetzt mit allen Mitteln auf indirekten Wege weiter durchgeführt wird, Stellung. Fordert sofortige Absperrung der Mißstände in den Abteilungen. Dieser Kampf kann nur siegreich sein, wenn ihr die Taktik der revolutionären Gewerkschaftsopposition anwendet, wenn ihr die rote Einheitsfront herstellt, in jeder Abteilung revolutionäre Vertrauensleute wählt und so nur in eurem ureigensten Interesse den Kampf aufnehmt. Durch die rote Einheitsfront werdet ihr nicht nur fähig sein, den Lohnraub zu verhindern und die Mißstände zu beseitigen, sondern darüber hinaus werdet ihr auf diesem Wege fähig sein, an die Stelle des verfaulenden Kapitalismus den Sozialismus, eine Arbeiter-Bauernrepublik zu setzen. Jeder Textilarbeiter sei in den letzten Tagen ein roter Wahlhelfer für die Liste 3, um am 6. November der Kapitalkultur eine gewaltige Armee mutiger Kämpfer gegenüberzustellen.

Nazi-Schwindler am Pranger

Gausdorf, Nr. Waldenburg. Die Gausdorf-Zauerwitzer Nazis scheinen nun wieder aus ihrem Dornröschenschlaf zu erwachen, da ja wieder einmal die Wahl vor der Tür steht. Aber trotz ihrer unerschämten betrieblernen Hege werden sie auch dieses Mal einen riesigen Stimmenverlust zu verzeichnen haben. In ihren Waldenburger Nazipapier vom 7. Oktober, das vor kurzer Zeit wieder umgelaufen wurde, wahrscheinlich wegen schwindender Abonnentenzahl, bringt ein Tintentuli der Nazis einen Hegeartikel gegen Genossen W. Dazu wollen wir nur daran erinnern, daß Genosse W. am 3. Juli d. J. von den hiesigen Nazis einen Brief erhielt, der am Schluß lautete: „Schließen Sie sich der Partei an, zu der Sie Ihrer Vergangenheit nach und als unabhängiges Mitglied der Gesellschaft nach hingehören: zur NSDAP.“ Da sich aber Genosse W. gegen den Eintritt in diese Mörderpartei mächtig bedankte, mag denselben diese Antwort gehörig in die „deutschen Knochen“ gefahren sein, denn auf einmal schreibt man in diesem Artikel folgenden: „Ein gültiges Weisheit hat uns aber vor einem solchen Zuwachs bewahrt.“ — Hier erkennt doch jeder den geistigen Horizont dieser Nazioten. Alles andere in diesem Waldenburger Lügenblatt der Nazis ist von Anfang bis zu Ende erfinden und erlogen. Naziprotekten, heranz aus dieser Partei der Fürsten und Barone, welche euch noch tiefer ins Elend bringt. Kämpft in geschlossener roter Einheitsfront unter Führung der KPD für einen Arbeiter und Bauernstaat. Wählt am 6. November die Liste 3, Kommunisten!

Spananto-Kursus in Gottesberg

Gottesberg. Am Sonntag begingen die Arbeiter-Spanantisten bei Unger ihre Zehnjahrsfeier im Rahmen eines Verbeabends. Zu einem neuen Kursus meldeten sich eine Anzahl Teilnehmer, so daß derselbe am Sonntag, dem 6. November, 9 Uhr vormittags in der weltlichen Schule beginnen kann. Kursusbeitrag monatlich 40 Pfennig. Für Kinder, Lehrlinge und Erwerbslose 10 Pfennig. — Spananto ist eine Waffe im Bestrengungskampf des Weltproletariats. Prolet, greif zu!

Lohnraub und Sauzustände bei Meyer Kauffmann

Wüggiersdorf. Kommt eine Arbeiterdelegation aus Sowjetrußland zurück und berichtet über den gewaltigen Aufbau der industriellen Wirtschaft, so schreibt jedesmal die gesamte bürgerliche Presse, von den Nazis bis zur SPD, über „vorgemachte Potemkinsche Dörfer“. Wir liefern heute aus dem Meyer-Kauffmann-Betrieb den Beweis, daß gerade in Deutschland verhandelt wird, aus dem die kommunistischen Potemkinschen Dörfer vorzumachen. Im Betrieb Meyer Kauffmann hatte sich der Gewerberat schon 5 Tage vor dem Eintritte angemeldet. Da wurde auf einmal jeder Winkel des Werks durch die Maschinen wieder gewirrt, schneit man dazu bis zum Eintritte der Arbeiter die Zeit gelassen hatte. Einen Tag vor dem Eintritte der Arbeiter, mußten sogar einige Arbeiter Überstunden leisten, damit sich alles sauber ausführen sollte. Noch in der Frühe des Tages, um dem Gewerberat erschien, ging der Direktor Otte durch die Werkstätte und verlangte, daß die Arbeiter, die sonst in der viel zu kleinen Garderobe hängen, umgewandelt werden. Darauf kam der sozialdemokratische Betriebsrat Taub mit dem Gewerberat. Er wurde mit jedem durch alle Abteilungen und obwohl er all die Mißstände im Betrieb kennt, sprach er davon kein Wort. Wir wollen hier nur auf einige solche Mißstände hinweisen.

Sauzustände in der Appretur

Die Arbeiter der Appretur befinden sich in einem Sauzustand. Der ganze Beschäftigungsbereich. Schon seit langem sind diese nicht mehr zu sehen. Es kommt es vor, daß diejenigen, die dieses tun wollen, erst mit einem Stück Holz den Kanal säubern müssen. Wir sind überzeugt, daß diese Arbeiter anders aussehen würden, wenn sie von der Direktion bemerkt werden müßten. Dem Streckführer Taub wurden diese Zustände gemeldet, trotzdem hat er nichts dagegen unternommen.

Doppelter Lohnraub in der oberen Fabrik

In der oberen Fabrik besteht die ungeheure Entschädigung, daß die Arbeiter für ein und dieselbe Ware (Küchdecken, Betttücher) niedriger sind, als in der unteren Fabrik. Die Kollegen und Kolleginnen der oberen Fabrik müssen dazu sofort Stellung nehmen und die Nachzahlung dieses geraubten Lohnes fordern. Eine besondere Nummer ist im oberen Betrieb der Abteilungsleiter für Warenabteilung Herr Weiss. Grundet er einen kleinen Geschäftchen oder sonst einen Laden in der Ware, was bei dem schlechten Material sehr leicht möglich ist, so müssen sich die Weber bei diesem Geschäftchen melden und beizulassen erklären können, daß sie auf die gleiche Liste kommen.

Verammlung des DV, ohne die Belegschaft

Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen, um diese Zustände zu beseitigen, ist es notwendig, die rote Einheitsfront herzustellen. All die Streiks, die in den letzten Wochen stattgefunden haben, zeigen, daß die Arbeiterkraft gegen die profitgierigen Unternehmer überall dort liegt, wo sie einheitlich und geschlossen auftritt und den Willen der Gewerkschaftsbürokratie keinen Glauben mehr schenkt. Aber Kollegen von Meyer Kauffmann, habt selbst erlebt, wie die Politik der Gewerkschaftsbürokratie, der Streckführer Taub, veranlaßt und konzentriert, zur Niederlage geführt hat. Die Verammlung des Textilarbeiterverbandes im Preisjahr der unteren Fabrik zeigt, daß die Belegschaft das Vertrauen zur Gewerkschaftsbürokratie verloren hat. In dieser Verammlung waren ganze 15 Mann und eine Frau erschienen.

Reformistische Politik führt immer zur Niederlage

Die Firma vermindert die bestehenden Hungerlöhne auf jede nur mögliche Art und Weise noch weiter herabzudrücken. Es kam vor, daß eine Weberin auf einem Stuhl abgearbeitet hat und zwei Tage auf Betten warten muß. Für diese Zeit erhält die Weberin ganze zwei Stunden Vergütung. Eine Weberin, der es ebenfalls so gegangen

Das ist der Weg in die Barbarei

Die Gemeinde Ströbel vor dem Bantrott

500 Prozent Bürgersteuer — SPD.-Gemeindevorsteher kündigt an, daß bald keine Unterstützung mehr ausgezahlt werden kann und die Magersteuer vom Lohn abgezogen werden soll

Ströbel. Am 25. Oktober hatte sich die Gemeindevertretung wieder einmal zusammengesetzt, um in einer öffentlichen Sitzung über eine Reihe von Tagesordnungspunkten zu beraten und beschließen. Die bürgerlichen Gemeindevorsteher waren zu dieser Sitzung überhaupt nicht erschienen. Sieben Punkte standen auf der Tagesordnung.

Zu Punkt 1 wurden die Verschlechterungen, die durch die Zustimmung zu dem Landkreise Breslau erfolgt sind, bekanntgegeben. Zwei bis drei Wochen vergehen, ehe ein Krankenschein ausgestellt wird. Die Wohnfahrzeugunterstützung ist bedeutend niedriger. Die bürgerlichen Gemeindevorsteher hatten erneut Beschwerden

gegen Kubid geführt und ein Mißtrauensvotum gegen ihn eingebracht. Da die bürgerlichen Gemeindevorsteher in der Sitzung nicht erschienen waren, konnte dieser für den Sozialfaschisten Kubid heikle Punkt ohne Aussprache beiseite gelassen werden.

Ströbel verbleibt vorläufig bei dem Standesamtsbezirk Dualkau. Da aber Dualkau bei dem Kreise Schweidnitz verbleibt, während Ströbel zu Breslau gekommen ist, ist eine Neueinteilung notwendig. Es wurde beschlossen, beim Kreisaußschuß in Breslau einen Antrag zu stellen, daß Ströbel einen eigenen Standesamtsbezirk bildet.

Die Bürgersteuer wurde von der Regierung auf 500 Prozent festgesetzt

Arbeiter von Ströbel! Aus dem Bericht des Gemeindevorstehers ist zu entnehmen, daß die Gemeinde Ströbel nahe vor dem Bantrott steht. Die Einnahmen reichen kaum noch, um die Mittel für die Wohnfahrzeugverbände und Sozialrentner aufzubringen. Offen brachte Kubid zum Ausdruck, daß es schon in nächster Zeit eintreten kann, daß die Hungerunterstützung nicht ausgezahlt werden kann. Arbeiter, die ihr noch in Arbeit steht, euch will man trotz des ungeheuren Lohnabbaues noch einen beträchtlichen Betrag von eurem Hungerlohn nehmen. In weinerlichem Tone erklärte der Sozialfaschist Kubid, daß die Arbeiterchaft nicht die Schuld der SPD.-Gemeindevorstellung geben soll, wenn eines Tages die Unterstützung nicht gezahlt werden kann bzw. die Magersteuer vom Lohn abgezogen wird. Gegen die Führung der Unterstützung ist es notwendig, daß sich die Arbeiterchaft von Ströbel zusammenschließt und einen Kampfausschuß wählt, der die Erwerbslosen vertritt. Die Arbeiterchaft von Ströbel hat erkannt, welche Verräterrolle die SPD. spielt, die mit schuldig ist an der Notlage der Arbeiterchaft. Die Driftung wird die Arbeiterchaft von Ströbel am 6. November geben, indem sie Liste 3, die kommunistische Partei, wählt!

Arbeiter-Samariter-Kolonie Weißstein

Sonntag, den 6. November, um 14 Uhr, Monatsversammlung im Feuerwehrdepot. Wegen wichtiger Tagesordnung ist zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Alles für die Kommunisten Liste 3

Überfüllte Versammlungen der KPD. — Bitte bei den Nazis und bei der SPD.

Wüggiersdorf. Die Wahlversammlungen der KPD im größten Saal der Stadt. Der Genosse Genrich, Berlin, sprach über den revolutionären Ausweg aus dem Elend. In der Versammlung waren eine Reihe von Kommunisten und Naziprotekten sowie der Organisationsleiter der NSDAP, Marschall aus Wüggiersdorf, und ein Parteimitglied aus dem Braunes Haus Lüttersbach anwesend. Trotzdem haben eine Stunde Redezeit gewährt wurde, zogen sie es vor, zu schlafen. Ein Beweis mehr, daß wir die Sieger von morgen sind.

Steingrund. Die Versammlung der NSDAP vom 25. Oktober im Steingrund war köstlich besucht. Die Einwohner von Steingrund sehen diesen Arbeitermördern den Rücken und hoffen immer mehr zur roten Front. In dieser Versammlung der NSDAP wollte als Diskussionsredner der hundertprozentige Invalide Richard Kallert sprechen. Doch die Nazis fürchteten sich vor den Wahrscheitern, die ihnen der Invalide gejagt hätte. Alle Vertretungen von Steingrund werden sich das merken und nur die Liste 3, Kommunisten, wählen.

Schwiebberg. Vor etwa fünf Wochen wurde eine Versammlung der Roten Hilfe verboten. Acht Tage darauf erfolgte das Verbot der Dringlichkeit, des „Roten Streifers“, auf acht Wochen. Vierzehn Tage später wurde wiederum eine Veranstaltung der Roten Hilfe verboten. Diese Unterdrückungsmaßnahmen lösten eine ungeheure Empörung unter der werktätigen Bevölkerung aus. Nach dem Verbot der Dringlichkeit wurden neben 150 „Arbeiter-Zeitungen“ 300 Broschüren und „Rote Bähler“ umgelegt. Die Wahlversammlung der KPD gestaltete sich zu einer wuchtigen Demonstration. 300 Werktätige, Männer, Frauen und Jugendliche, lauschten den Ausführungen des Genossen Arno, Breslau, und gelobten, alles für die Herstellung der Einheitsfront der Arbeiter zum Kampf gegen die faschistische Diktatur einzusetzen. Am 29. Oktober fand eine Veranstaltung der Roten Hilfe statt, die von über 500 Personen besucht war. Es herrschte eine glänzende Kampfstimmung. Während unserer Versammlung überfüllt sind, habe die SPD. in ihrer Versammlung ganze 150 Personen, und die Nazis 83 einschließlich 30 KPD- und SPD.-Arbeiter. Das zeigt, daß wir uns im Vormarsch befinden.

Sind die SPD.-Führer gegen Lohnabbau?

Denkt daran! Sie führen heute dieselbe Sprache wie vor der großen Lohnabbau-Notverordnung Brüning's!

Hunderte von betrieblichen Streiks haben die Arbeiter in den letzten Wochen gegen die Lohnabbauoffensive des Unternehmertums durchgeführt. Diese Streiks wurden geführt gegen den Willen der SPD- und ADGB-Führer. Die Arbeiterschaft hat gesehen, wie die SPD-Führer im Hamburger Verlehrsstreik, im Streik der Torgauer keramischen Arbeiter, im Streik der schlesischen Metall- und Textilarbeiter und bei zahllosen anderen Kämpfen den Streikenden in den Händen gefallen sind. Das hält aber die SPD-Führer nicht ab, in Versammlungen und in der Presse eine Sprache zu führen, die bei den Arbeitern den Eindruck machen soll, als ob die SPD-Führer gegen den Lohnabbau seien. Ja, währenddem die SPD- und ADGB-Führer hinter den Kulissen sogar Fäden mit den Naziführern anzupflegen und die offene Tolerierung der Papen-Regierung vorbereiten, spielen die sich in Versammlungen als „unverfälschte Begleiter“ der Papen-Regierung auf.

Da ist es gut, wenn sich die Arbeiter daran erinnern, daß die SPD-Führer vor der offenen Tolerierung der Brüning-Regierung und noch mehr vor der Zustimmung zu den ungeheuerlichen Notverordnungen Brüning's genau dieselbe Sprache führten wie heute. Denkt daran: Am 8. Dezember 1931 erließ die Brüning-Regierung jene entsetzliche Notverordnung, die ab 1. Januar 1932 alle Löhne und Gehälter um 20 Prozent senkte, die Tariflöhne auf den Stand von 1927 zurückbraute, was in Wirklichkeit ein noch viel größerer Lohnabbau war, da inzwischen die überalterlichen Lohnzulagen radikal abgebaut worden waren. Als der Plan dieser Notverordnung bekannt wurde, schrieb der „Vorwärts“ am 1. Dezember 1931:

„Die Forderung, alle Löhne auf das Niveau von 1927 zurückzuführen, ist nicht das Ergebnis einer objektiven wissenschaftlichen Untersuchung, nicht die Frucht einer unparteiischen und gerecht abwägenden Regierungstun. Diese Forderung ist die Maximalforderung einer der Arbeitgeber. Als solche verdient sie, bewertet und bekämpft zu werden — überall, wo sie auftritt.“

Jeder Arbeiter, der den SPD- und ADGB-Führern auch nur noch einen Funken Vertrauen schenkte, mußte annehmen, daß nun die ADGB-Führer zum Kampf gegen jeden Lohnabbau aufstehen würden. Am 2. Dezember veröffentlichte der „Vorwärts“ einen Beschluß des Parteiaussschusses und der SPD-Reichstagsfraktion mit der Überschrift: „Die Partei kampfbereit!“ In dem Beschluß heißt es, daß die sozialdemokratische Fraktion im engsten Einvernehmen mit den Gewerkschaften neue Lohn- und Gehaltsfestlegungen ablehnte. Der „Vorwärts“ versprach den Arbeitern, daß die SPD-Fraktion der Regierung Brüning gegenüber mit aller Deutlichkeit das Verlangen der Sozialdemokratie zum Ausdruck bringen werde, daß auf einen neuen Sozial- und Lohnabbau verzichtet werden müsse. Vor den Berliner SPD-Funktionären rief Breitfelder:

„Unverzüglich werden wir bei der Reichsregierung energische Vorstellungen erheben. Wir sagen uns, daß auf die Dauer nicht jede Last uns angebürdet werden kann (anhaltender Weisfall), obwohl wir wissen, daß es unter einer eventuellen Reichsregierung ohne Zweifel nicht besser würde. (Sehr richtig!) Aber es gibt eine Grenze der Tolerierungspolitik.“

Noch „kräftiger“ sprach der Parteiführer der SPD, Weis, in einer Stuttgarter Versammlung. Nach dem „Vorwärts“-Bericht vom 4. Dezember führte Weis aus:

„Wenn Brüning jetzt eine neue Notverordnung vorbereitet, so sei es nötig, auszusprechen, daß für gewisse Dinge die Grenze jetzt erreicht sei. Jede Absicht nochmaliger Lohnkürzungen werde auf unseren erbitterten Widerstand stoßen.“

Ja, es kam noch stärker. Am 6. Dezember schrieb der „Vorwärts“:

„Das wären schlechte Sozialdemokraten, die sich abschrecken ließen! Was würde ohne sie aus Ihnen, Herr Reichstanzler?“

Als aber die Notverordnung am 8. Dezember erlassen war, wurde die Sprache des sozialdemokratischen „Vorwärts“ sofort anders. Am 9. Dezember schrieb er:

„Die Reichsregierung glaubt, ihr Vorgehen dadurch rechtfertigen zu können, daß sie diesmal wirklich ernst gemeinte Versuche gemacht hat, die Preise zu senken. Für die Sozialdemokratie ist es selbstverständlich, daß sie nach geeigneten Mitteln und Wegen suchen muß, um die Wirkungen der Notverordnungen auf das Einkommen der arbeitenden Massen abzumildern und so bald wie möglich ganz aufzuheben. In dieser Hinsicht könnte der 30. April nächsten Jahres, an dem das Tarifrecht wieder in Kraft treten soll, ein Hoffnungstag sein... Was immer dieses Experiment ausfallen mag, auf keinen Fall bedarf von jetzt ab der Anspruch des Sozialismus, die Wirtschaft von Staats wegen im Interesse der arbeitenden Massen zu regeln, einer weiteren Rechtfertigung... Es geht nicht um die Frage, ob wir diese Notverordnung wollen oder nicht wollen... Es geht nicht nur darum, was in den nächsten Monaten an Löhnen, Gehältern und Sozialrenten ausgezahlt wird, es geht um eine Entscheidung, die auf Jahrzehnte hinaus von gewaltiger Bedeutung sein wird.“

Die entsetzliche Lohnabbau-Notverordnung Brüning's wurde also schon einen Tag nach ihrer Verkündung vom „Vorwärts“ als eine Maßnahme dargestellt, die geradezu sozialistisch sei. Mit dem Hinweis auf die angebliche Preisfestlegung verurteilten die SPD-Führer die Ermordung der Massen einzuordnen.

Den selben Betrug verübten die ADGB-Führer. In seiner Abend-Ausgabe vom 11. Dezember erschien im „Vorwärts“ ein Bericht über eine Rede des ADGB-Vorsitzenden Eggert vor den Berliner Gewerkschaftsfunktionären. Eggert führte zur Notverordnung aus:

„Es stelle zweifellos den letzten Versuch der Reichsregierung zur Überwindung der ungeheuren wirtschaftlichen Not in Deutschland dar. Je mehr arbeitsunfähige oder arbeitslose Volksgenossen über Wasser gehalten werden müssen, desto knapper wird der Anteil des Einkommens für die noch Arbeitenden. Um die Mittel für die Bedürftigen weiter aufzubringen, hat die Regierung Brüning den Weg einiger Steuererhöhungen und den der Gehaltskürzungen eingeschlagen. Dagegen wenden wir ein, daß solche schematischen Kürzungen ungerecht sind und auch die hohen Einkommen nicht in gleichem Verhältnis betroffen werden, wie die unteren. Dabei dürfen wir aber nicht aus dem Auge lassen, daß die Zahl dieser höheren Einkommen und der Umfang derselben selbstverständlich auch unter der Krise zurückgegangen ist. Denen, die Opfer bringen müssen, will die Regierung die Aufgabe erleichtern, indem sie Zinsen, Mieten und Preise zu senken versucht.“

Wem fällt hier nicht die Rede Tarnows in der ADGB- und AD-Verordnung ein, wo Tarnow dem Programm der Papen-Regierung „eine Chance“ zu geben verspricht? In der Tat war auch die Rede Eggerts die Anerkennung der Brüning-Notverordnung und das Verbrechen der Mißhilfe bei ihrer Durchführung.

Auch damals schloß nicht jener Versuch der SPD-Führer, die Arbeiter vom Kampf gegen Lohnabbau damit abzuhalten, daß sie die Sozialisierung der Wirtschaft im Rahmen des kapitalistischen Systems unmittelbar in Aussicht stellten. Wer mag es wohl gemeint sein, der damals diesen Schwindel in die Debatte warf? Natürlich wieder der „sozialistische“ Lohse! Im Leitartikel des „Vorwärts“ vom 13. Dezember 1931 schrieb Lohse:

„Die Krise, unter der wir leiden, ist nur durch ganz radikale Maßnahmen überwindbar. Wir Sozialdemokraten erblicken solche

in der Erziehung der planlosen Wirtschaft durch die planmäßigen, in der Erziehung der Profitwirtschaft durch die Bedarfswirtschaft.“

Das ist dasselbe wie die heutige Weis-Parole: „Sozialistische Aktion!“ — Sozialisierungsschwindel, um die Arbeiter vom Kampf gegen Lohn- und Unterhaltungsabbau abzuhalten. Inzwischen arbeiten, als der Lohse-Artikel erschien, die SPD-Führer mit Hochdruck, um die Durchführung der Brüning-Notverordnung zu sichern. Die kommunistische Reichstagsfraktion hatte die sofortige Aufhebung der Lohnabbau-Notverordnung im Reichstag beantragt. Am 15. Dezember veröffentlichte der „Vorwärts“ den Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, in dem es heißt:

„Ein Aufhebungsbeschluß des Reichstages kann eine praktische Wirkung nicht haben. Eine politische Krise im gegenwärtigen Augenblick würde aber nur das Massenelend verschärfen.“

Die SPD-Führer, die vor wenigen Tagen noch vor den Berliner Funktionären beteuert haben, daß sie die neue Notverordnung unter keinen Umständen billigen würden, selbst wenn der Kampf gegen eine noch reaktionäre Regierung geführt werden müsse, lehnten die Auf-



Keine Stimme den Arbeiterbetrügnern!

hebung der Brüning-Notverordnung ab. Ja, am 1. Januar 1932, als die Notverordnung in Kraft trat, versiegte sich der „Vorwärts“ geradezu zu einer Verherrlichung der Lohnabbau-Notverordnung. Wörtlich schrieb er:

„Die letzte Notverordnung hat viele Schönheits- und Druckfehler. Wir haben mit unserer Kritik nicht zurückgehalten. Aber sie

Darum, Arbeiter, bekennt euch geschlossen am 6. November zu diesem Kampf, stimmt alle für Liste 3

Ein Schanddokument der ADGB-Berräter

Zwischen dem Schutzverband deutscher Glasfabriken, Gruppen I-V und Rheinland und dem Keramischen Bund, sowie dem Bezirksverband deutscher Glasarbeiter wird heute folgendes vereinbart:

1. Mit Wirkung ab 1. Oktober 1932 werden unbeschadet des § 76 A.M.G., die zurzeit geltenden Alford- und Richtlöhne, sowie die Sätze für Entschädigungen und Nebenarbeiten um 5 Prozent, die Zeitslohnätze über 25 Pf. die Stunde um 3 Prozent ermäßigt.
2. Diese Regelung ist mit vierwöchentlicher Frist zum Monatsende, erstmalig zum 28. Februar 1933, kündbar.

Für den Keramischen Bund gez. Martin Krebs.

Für den SDG. gez. Dr. Schmidt.

Für den Berufsverband deutscher Glasarbeiter, gez. Karl Heilmann.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer haben hier Lohnabbau für die Glasarbeiter frei vereinbart, obwohl sie auf der anderen Seite ein Volksbegehren gegen Papen-Lohnabbau beantragt hatten. Dieses Schanddokument bestätigt unsere Behauptung, daß die Sozial-

hat — zum ersten Male im Zug aller Notverordnungspolitik — hoch große und dabei echt volkswirtschaftliche Ziele.“

Dementprechend war die Tätigkeit der SPD- und ADGB-Führer, als im Ruhrgebiet und in anderen Teilen Deutschlands Zehntausende vor Arbeiter gegen den Notverordnungs-Lohnabbau in den Streik traten. Die ADGB-Führer organisierten den Streikbruch und bestanden in wüster Weise gegen die RWG. Der sozialdemokratische preussische Innenminister Seoding setzte rüchige Polizeiträfte gegen die Streikenden ein, besonders im Ruhrgebiet. Streikposten wurden mit Waffengewalt vertrieben, streikende Arbeiter verhaftet, Streikversammlungen verboten, Funktionärversammlungen ausgeschoben und kommunistische Zeitungen verboten.

Arbeiter, denkt daran, laßt euch heute nicht irreführen

auch wenn die ADGB-Führer eine Sprache führen, wie sie sie wenige Tage vor der Durchführung der entsetzlichen Brüning-Notverordnung geführt haben. Heute schon, noch während in den sozialdemokratischen Wahlversammlungen die SPD. harte Worte gegen die Lohnabbau-Offensive gebrauchen, organisieren sie systematisch den Streikbruch, das mit die Unternehmer einen weiteren ungeheuren Lohnabbau durchführen können. Die SPD- und ADGB-Führer wollen bewußt den Lohnabbau, weil sie ja das kapitalistische System retten wollen, sie bezeichnen sich ja selbst als „Kerze“ des kapitalistischen Systems. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer haben den Hamburger Verlehrsarbeiterstreik erdolcht, sie organisierten während des Streiks der schlesischen Textilarbeiter systematisch den Streikbruch, sie organisierten jetzt den Streikbruch beim Streik der Leipziger Textilarbeiter, Maste ließ streikende Werkschiffverarbeiter verhaften und verbot die hannoversche kommunistische Zeitung, weil sie den Kampf der Werkschiffverarbeiter unterstützte hat. Darum keinen Funken Vertrauen zu den SPD- und ADGB-Führern! Hunderte von streikenden Streiks konnten die Arbeiter die Hände reichten und unter selbstgewählten Kampfleitungen kämpfen. Im Kampfe gegen das Unternehmertum haben die Arbeiter nur in der RWG. eine treue Führerin, und nur eine Partei unterstützt sie im Kampfe gegen die Kapitalisten, die kommunistische Partei!

Der Wahlsieg der kommunistischen Partei am 31. Juli 1932, der ein Sieg der Einheitsfront des Kampfes war, hat das Kraftbewußtsein der Arbeiterschaft so gestärkt, daß die neue Lohnabbauoffensive des Unternehmertums einen schärferen Widerstand gefunden hat als der Brüning-Lohnabbau im Januar 1932. Ein noch wichtigeres Belegnis zur kommunistischen Partei am 6. November wird den Kampfesmut und die Kampfkraft der Arbeiter noch mehr stärken, sie wird erfolgreicher in den Kämpfen um höhere Löhne und höhere Unterhaltungen vorwärtschreiten können.

Arbeiter der Henriettenhütte, Alarm!

Direktion, Gewerkschaftsführer und Betriebsräte verhandeln über neuen Lohnraub

Fordert von der Direktion ultimativ, daß der alte Lohn auch nach dem 15. November weiter gezahlt wird!

Primkenau, 4. November. Die Direktion der Henriettenhütte plant nach den Wahlen einen brutalen Lohnabbau. Am vergangenen Sonntagabend haben Verhandlungen in Giegnitz zwischen Betriebsräten und Arbeitgeber stattgefunden. Die Betriebsräte hielten sich gegenüber der Arbeiterschaft in tiefes Schweigen. Am Montag dieser Woche hatten alle drei Gewerkschaften, und zwar der M.W., der Reichsdeutsche Gewerksverein und die Christen eine Vertrauensmännerversammlung abgehalten. Die Bürokratie hat die Teilnehmer der Sitzung zum Schweigen verpflichtet und trotzdem sind wir heute in der Lage, der Arbeiterschaft bekanntzugeben, welchen Schlag die Direktion mit Unterstützung der Gewerkschaftsführer durchzuführen will. Die Unternehmer fordern den Abbau des Alfordlohnes, und zwar soll dieser bei einem Verdienst von 10 Prozent über dem Stundenlohn um zwei Prozent, bei einem Verdienst von 20 Prozent über dem Stundenlohn um vier Prozent, und bei einem solchen von 25 Prozent um fünf Prozent gekürzt werden. Ferner soll die Lohnzusatzentteilung eine Verschlechterung erfahren. Das Werk Primkenau soll von Ortsklasse 2 in Ortsklasse 3 zurückversetzt werden, was im allgemeinen einen Lohnabbau von 10 Prozent bedeutet. Mit Rücksicht auf die Wahlen hat man eine Vereinbarung getroffen, wonach das bisherige Lohnabkommen bis zum 15. November verlängert wird.

Der Betriebsrat, der die Interessen der 500 Mann starken Belegschaft wahrnehmen soll, will erst für den 11. November eine Betriebsversammlung einberufen. Durch dieses Hinauszögern der Versamm-

lung soll die Mobilisierung der Belegschaft zum Kampf gehemmt werden. Die RWG. hat bereits in einem Flugblatt die Kollegen auf den schändlichen Plan des Unternehmers und der Gewerkschaftsführer aufmerksam gemacht, und die Handlungsweise der Betriebsräte angeprangert. Die RWG. hat für den 8. November eine Betriebsversammlung angesetzt, in der die konkreten Kampfmaßnahmen besprochen und beschlossen werden sollen. Die Belegschaft muß in der am 8. November abzuhaltenden Betriebsversammlung eine Lohnkommission wählen, die von der Direktion die Zurücknahme des Lohnabbaues ultimativ fordert. Bei Ablehnung des Ultimatums muß die Belegschaft in den Kampf treten.

Die Kollegen der Henriettenhütte müssen dem Beispiel der Freiburger Uhrenarbeiter und vieler anderer Betriebsbelegschaften, die mit der Waffe des Streiks Lohnabbau abgewehrt hatten, folgen; sie müssen von vornherein die Gewerkschaftsbürokratie bei der Organisierung ihres Kampfes ausschalten, müssen die Führung des Streiks in die eigenen Hände nehmen, weil das die beste Gewähr für den Kampfesieg ist. Die Kollegen haben durch die RWG. erfahren, was Unternehmer und Gewerkschaften mit ihnen nach der Wahl vorhaben; sie müssen deshalb am Sonntag durch die Wahl der Liste 3, Kommunisten, ihre Kampfbereitschaft zur Verhinderung jeden Pfennig Lohnabbaues kundtun. Jede Stimme für die Liste 3 ist ein Schlag gegen die Lohnraubenden Unternehmer!

Liste 3 gegen Lohn- und Unterhaltungsabbau

SWP.-Proleten, her zur roten Front!

Breslau, am 6. November 1934. In der „Revolutions“-Kommunisten- und Sozialisten-Partei Deutschlands, die von Hitler, Mussolini und polizeilichem Kuffen regiert, erhebt sich die kommunistische Arbeiterklasse, und die Partei, die den Kampf gegen die SWP. als das größte Hindernis in der Bewegung der Proleten ansieht.

Die SWP. ist die Partei, die es ganz gleich ist, was die Arbeiterklasse in den Stimmen der SWP., SWP. und SWP. werden in der Wahl der Reichstagen nicht gezählt. Die SWP. ist die Partei, die in der Arbeiterbewegung, da sie gegen die Arbeiterklasse ist, jede Stimme für die SWP. am 6. November 1934 in die Wahlzettel für die Arbeiter. Schließlich trieb er eine Bewegung zur Unterstützung unter die Arbeiter, indem er sagte: es würde sich ein Wandel ergeben, um das Niederlassen des Nationalsozialismus und die Niederlegung der Arbeiter zu verhindern. Aber wenn auch die Arbeiter niedergeschlagen würden, sie würden bei dem nächsten Anlauf wieder aufstehen usw. . . .

In der Diskussion sprach zuerst ein Nazi, der dummsch sein Gesicht ausdrücken versuchte, aber bei den Proleten absolut keinen Anklang finden konnte.

Dann sprach ein Kommunist, der sich nur mit den wichtigsten Dingen beschäftigen konnte, da man ihm nur 15 Minuten Redezeit zubilligte. Er wies zuerst auf den politischen Uninn hin, die die Reichstagen die Stimmen nicht zählen. Der Kapitalismus zählt jede einzelne Stimme, die für die revolutionäre Partei, für die SWP., abgegeben wird, weil sich ja allein die SWP. als der Todfeind des Nationalsozialismus bezeichnet. Jede Stimme für die SWP. wiegt zehnmal schwerer, weil damit die Todesstunde der Ausbeuter immer näher rückt. Dann behandelte der Genosse die Frage der Einheitsfront mit den Nationalsozialisten und zeigt den Kampf gegen den Faschismus, seine Rolle der Hafenkreuzler auf.

Schließlich wies der Kommunist die Nachschäferi des Sowjetismus zurück und appellierte an die Proleten, ja nicht an der unbefähigten Kraft der Arbeiterklasse zu verzweifeln. Die Arbeiterklasse kann nicht mehr niedergeschlagen werden, sie wird nicht mit dem Kapitalismus — Faschismus in die Barbarei versinken, sondern die Fesseln sprengend zum Sozialismus überwindend zum Sozialismus schreiten.

Hier weist der Genosse besonders auf den Aufstieg der Sowjetunion hin, dem einzigen Land der Welt, wo die Arbeiterklasse die Macht hat, und zeigte den SWP.-Proleten, daß Sowjetunion mit keinem Wort im Referat zur Sowjetunion Stellung genommen habe. Jeder, der vom Sozialismus spricht und Faschismus verschweigt, belügt die Arbeiterklasse. Er fordert daher die Arbeiter zur Wahl der Liste 3 auf. Trotzdem nur SWP.-Arbeiter in dieser Versammlung waren, zeigte der Beifall, daß die Arbeiter für den Kommunismus eintreten.

SWP.-Proleten, her zur roten Front! Laßt euch nicht von den Sowjetunion auseinandermandrieren. Reicht euch ein in die revolutionäre Klassenfront.

Eure Stimme am 6. November den Kommunisten, der Liste 3.

Hafenkreuzbanditen schlagen Arbeiter nieder

In der Nacht von Freitag zu Sonnabend, gegen 3 Uhr morgens, wurde der Parteilose, Maschinenarbeiter Max Herlitzschke, wohnhaft Groß-Zidanzsch, Althofnasser-Straße 5, auf der Nikolaistraße von vier Nationalsozialisten überfallen, wobei ihm das linke Schienbein durch Fußtritte zertrümmert wurde. (Dreifacher Bruch des Schienbeines.) Dieser bestialischen Handlungsweise der braunen Nordpest lag folgender Vorgang zugrunde: H. hatte an der Versammlung im Messehof teilgenommen und ging dann mit einigen Bekannten nach der Stadt. Im Weigner-Ausgang auf dem Neumarkt, hatten sie

Dein Geld wird wertvoller von Tag zu Tag!



Bring' dein Geld ZUR STADT-SPARKASSE ZU Breslau/ Dort sparst Du sicher und gewinnst Zinsen

Rußlanddelegierte Arbeitersportler Schlesiens rufen: „Wählt KPD. Liste 3“

Wir schlesische Arbeiter, die dieses Jahr in der Sowjetunion zu Bekämpfern wurden und uns überzeugen konnten, was die Wahrheit über Sowjetrußland ist, können mit eblichem Gemüthe jedem Arbeiter und jeder Arbeiterin sagen:

Wählt Liste 3

Wir sind waren 1 Genossen arbeitslos, die von der kapitalistischen Welt beherrscht genötigt werden, deren Leben nur noch ein Hungerleben betrocknet werden kann. Wie ganz anders spielte sich das Leben der Arbeiter in der Sowjetunion ab. Arbeitslose gibt es nicht. Arbeitslose muss Arbeit finden ihre Familien. Ganze Städte sind im Bau, wo früher nur das Land brach lag. In der Sowjetunion, wo man im Bau war, ist heute schon in Betrieb. Jeder Arbeiter, der in der Sowjetunion bringt ein besseres Leben als der Arbeiter. Rußland ist noch kein Paradies! Aber die Arbeiter sind frei, sie leben als freie Menschen. Die Arbeiter sind frei, sie leben als freie Menschen. Die Arbeiter sind frei, sie leben als freie Menschen. Die Arbeiter sind frei, sie leben als freie Menschen.

Aufbau mit Enthusiasmus helfenden Arbeiterchaft überbrückt werden. Den russischen Arbeitern steht eine gute Zukunft bevor.

Und bei uns in Deutschland?

Unsere Zukunft wird noch größeres Elend bringen. Schließen, der am schwersten mit unter der Wirtschaftskrise leidende Teil Deutschlands, wo unzählige Betriebe ihre Tore geschlossen haben. Hier müssen die Arbeiter erkennen, daß ihre Zukunft nur an der Seite der russischen Arbeiter für ein besseres Leben sein kann.

Ein Sowjet-Deutschland bündelt alle Vertriebe! Bringt Arbeit und Brot! Die Führer der Arbeiterbewegung in Schließen sind seit unserer Mächtige ungeschwächt geblieben. Der Hunger und das Elend hat sich vergrößert. Wie lange noch? Der schlesischen Stummels im Industriegebiet von Oberschlesien und Waldenburg, die ihr für wenig Lohn die Kohlenberge aus der Erde birgt! Wie lange noch? Ihr Landarbeiter Schlesiens, die ihr den Landbauern die Ernte einbringt! Wie lange noch, all ihr Kleinrentner, die ihr von der Steuerlast der kapitalistischen Wirtschaft zermalmt werdet.

Hier von uns Delegierten sind als Parteilose nach Rußland gefahren und überzeugten uns, daß nur die Kommunisten imstande sind, eine Welt aufzubauen, wo die Werttätigen befreit, Not und Elend beseitigt sind. Darum macht Schluß mit diesem kapitalistischen System! Am 6. November wählt Liste 3 für ein freies sozialistisches Sowjet-Deutschland!

Die schlesische Schachdelegation.
H. Berger, Breslau. A. Lehmann, Breslau. M. Ruttke, Breslau. G. Neumann, Oppeln. B. Simon, Oppeln.

Nicht vergessen zu jeder Mahlzeit **Christ-Brot essen**



einige Glas Bier getrunken und gingen gemeinsam mit einem Bekannten zu Hause. H., der hinter seinen Bekannten ging, hörte plötzlich an der Nikolaistraße, Ecke Neuzehle, eine Auseinandersetzung seiner Kollegen, mit 4 der NSDAP-Angehörigen. Mit den Worten: „Ihr werdet Euch doch nicht hauen,“ trat er an die Streitenden heran, in demselben Augenblick erhielt er mit einem harten Gegenstand, (nach Art der Verletzung ein Schlagring) einen Schlag ins Gesicht, durch den die Nase verletzt wurde. H. wollte sich zur Wehr setzen, doch im nächsten Moment erhielt er einen solchen Fußtritt gegen das linke Schienbein, daß er bis zum Himmel flog und dort liegen blieb. Nach Aussagen von Zeugen, hat H., der als ruhiger und fleißiger Arbeiter bekannt ist, nichts getan, was eine derartig rohe Behandlung rechtfertigen könnte.

Der Polizeibericht erwähnt diesen Vorfall nicht. Nach persönlicher Auskunft auf der Polizeistation Ursulinerstraße, wurde der Bescheid „Strafanzeige ist noch nicht gestellt,“ als ob der Verletzte, der sich im Allerheiligen-Hospital befindet, dorthin begeben soll, um Strafantrag zu stellen.

Zeugen des Vorfalles werden um Angabe ihrer Adresse gebeten, an die Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“ oder an Erich Haffner, Breslau, Zidanzsch, Karl-Legienstraße 7, I.

Dieser Vorfall zeigt wieder klar und deutlich, daß die Nazis nur Proleten zusammenschlagen. Noch keinem Kapitalisten und Ausbeuter haben sie ein Haar gekrümmt, aber Tausende von Proleten niedergeschlagen. Klassenbewußte Arbeiter haben nur ein Ziel vor Augen und dieses heißt: Alle Macht den Arbeitern, nieder mit dem Faschismus, darum gibt es am 6. November nur eine Lösung: „Arbeiter und Bauer macht dich frei, Wählt Kommunisten, Liste 3.“

Öfen
DAUERBRAND
ORIG. „MUSGRAVES“ UND „GERMANEN“
Beier & Olowinsky
Breslau, Herrenstraße 31



AKAZA
Eintritt frei
Glücks-Ball-Nächte
20
Lach- u. Glücks-Nachmittage
Familien-Vorstellungen

Brauerei und Ausschank
Zum großen Meerschiff
Inhaber Bertla Vogel, Reuschstr. 28 (1 Min. v. Königsplatz)
Ausschank nur selbstgebrauter Biere
Anerkannt gute Küche — Mittagstisch von 12—3 Uhr

WAPPENHOF
Täglich (außer Sonnabend) ab 4 Uhr:
Nachmittags-Vorstellung
10 Attraktionen
jeden 1. und 16. neues Programm
Eintritt 30 Pfg.
Täglich ab 8 Uhr:
BALL
Das ungekürzte Progr. 2 Kapellen
Eintritt 50 Pfg., außer Sonntag und Vereinsveranstaltungen

Spezialhaus für Bastler
Bastlerquelle
Spezialität
Sperrplatten
Laubsägeholz
und alles was der Bastler braucht
Brüderstraße 81
Telephon 57494
Friedr. Wilh. - Str. 82
LIEGNITZ, Burgstr. 19

Paul Breuß
Lange Holzgasse 2
Fernruf 12454
Wannen und Schaffer
Kastenwagen, Rundspeichen und Felgenreifen — 5% Rabatt

Möbel
in großer Auswahl
zu sehr niedrigen Preisen
Zahlungs-erleichterung
Karsunky
Waldenburg Ring 10
Ecke Gottesberger Straße

Breslau 6
Georg Eckstein / Spedition
Friedrich-Wilhelm-Straße 24 — Sammelruf 23044
Ausführung sämtlicher speditionstechnischen Arbeiten

Billigste Bezugsquelle für Spirituosen für Hochzeiten und Festlichkeiten bei E. Bonczkowitz, Breslau, Matthiasstr. 166/168

Capitol Strehlen
Von Freitag bis Montag W. 6.45, Sonntag 3, letzte Vorst. 9 Uhr
Erigitte Helm in
Die Herrin von Atlantis

Südstadt - Lichtspiele
Görlich, Kunnewitzer Straße 26
bietet allen die neuesten Tonfilme bei volkstümlichen Preisen

Chemnitzer Strumpfquelle
Liegnitz, Burgstraße Nr. 15
neben Schonert
konkurrenzlos billig!

Uferstr. Nr. 47 **Oderstrom** Uferstr. Nr. 47
Am Wahl-Sonntag ab 6 Uhr
Eintritt frei
Familien-Kränzchen
Schleifentanz Herren 0.30, Damen 0.20
Meldungen von Damen und Herren zum Wintertanzzirkel „Froh Sinn“
Saal u. Vereinszimmer f. Weihnachtsfeiern u. Vergnügungen noch einige Tage frei
Saalmiete und Licht frei
Treffpunkt aller „Roten Sportler“

Oels
Gustav Roder, Kleine Mühle
Telefon 329
1a Roggen — Weizenmehle
Grieß — Graupen — Futtermittel
Kohlen und Holz
Inserate haben in unserer Zeitung besten Erfolg!

Lederjacken
19.—, 23.—, 29.— Mk.
Auffärbung 8.— Mk.
und Reparaturen billigst
Lombard- und Warenhaus
Gartenstraße Nr. 26, Hof
Gartenstraße 53/55, neben Liebig

Ferdinand Bannasch
Kolonialwaren, „Edeka“
Breslau, Posener Straße 81/83

Otto Lassner
empfiehlt Fleisch- und Wurstwaren zu stets niedrigsten Preisen
Breslau, Ottostr. 7 / Telef. 42746

Frack-Mohaupt
nur Blüchergasse 20
leibweise elegante Smoking u. Rehröckchen

Edmund Prause
Kohlenhandlung
Breslau, Trebnitzer Str. 29

Drogerie zum „Großen Kurfürsten“
Richard Elison
Breslau X, Matthiasstraße Nr. 161-163
Telefon 3712

Einkaufs-Vorteile
besonderer Act nur im
KAUFHAUS ZUM STRAUSS
RJD. KARSTADT AG. GORLITZ
Telephon 318 3183